

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1288

Organ für das **werktätige Volk**

Verl.-Kont.: Gebr. Arnhold, Dresden
und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Frangobrief mit den wöchentlichen Beilagen
"Nach der Arbeit" und "Volk und Welt" für einen halben Monat 1 M.
Einzelnnummer 10 Pf.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261. Sprech-
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261 und 12707.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Kompaßzeile
30 Pf., die 90 mm breite Reklamazeile 1,50 M., für auswärtsige An-
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietge-
suche 40 Proz. Rabatt. Für Briefverbreitung 10 Pf.

Nr. 54

Dresden, Freitag den 5. März 1926

37. Jahrg.

Republikaner! Heraus zum Volksbegehren!

Die Rebellion im demokratischen Lager

D. Berlin, 5. März. (Eig. Funk.) Ueber eine Berliner Versammlung der Demokratischen Partei, bei der Herr von Richthofen über die Fürstenabfindung sprach, weiß das Berliner Tageblatt zu melden: Die Diskussion, die dem Vortrag folgte, war geradezu eruptiv in dem Verlangen, das unzweifelhaft vorhandene Privatvermögen der Fürsten zunächst einmal scharf vom Staatsvermögen zu trennen und ihre Ansprüche auf die der staatlichen Aufwertungsfähigkeit festzusetzen. Allgemein wurde Beteiligung am Volksbegehren verlangt.

Die heffischen Demokraten für das Volksbegehren!

D. Frankfurt a. M., 5. März. (Eig. Funk.) Der Landesverband der Demokratischen Partei Hessens fordert alle Demokraten auf, sich ausnahmslos in die öffentlichen Listen für das Volksbegehren zur Abstimmung einzuschreiben. Da der Reichstag bis jetzt keine noch irgendwie bestrebende Lösung in der Frage der Fürstenabfindung gefunden habe, bestehe die Gefahr, daß die Fürsten die nachdenklichen Erben dieser bedauerlichen Tatsache sein werden.

Luther hat plötzlich Zeit...

Je mehr die Sozialdemokratie zu der Aufklärung des Volkes über den Sinn des jetzt eingeleiteten Kampfes beiträgt, um so angfälliger zeigen sich die bürgerlichen Parteien und ihre Reichsregierung. Der Volksentscheid soll den Parteien zuliebe unter allen Umständen negativ ausfallen. Auf einmal hat nun auch Herr Luther Zeit, mit den bürgerlichen Parteien noch vor seiner Reise nach Genf über das Fürstenkompromiß zu verhandeln. Er hat für Freitag eine Rede angekündigt, in der die Grundlinien des Kompromißentwurfs nochmals erörtert werden sollen. Was dabei herauskommt, steht schon jetzt fest. Man will der Volkspartei insofern Rechnung tragen, als dem in dem Kompromißentwurf vorgesehenen Sondergericht neben fünf Berufsrichtern entgegen der bisherigen Absicht auch vier Laienvertreter angehören sollen. Dieses Entgegenkommen ist völlig ungenügend, aber es zeigt, daß durch die bürgerlichen Parteien einfach eine gerechte Lösung der Fürstenabfindung nicht zu erwarten ist. Den Fürsten alles, den Erbschaftslosen und den Renteneinsparern nichts! So sieht ihr „Entgegenkommen“ aus.

Die Räuber

An den 22 Bundesfürsten, die uns um 2 Milliarden schöpfen möchten, gefüllt sich neuerdings ein halbes Hundert „Standesherrn“!

1. Es verlangen von der Republik an Renten folgende „deposseidierte Fürsten“

1. Alexander, Landgraf von Hessen	612 000 M.
2. Friedrich Karl, Prinz von Hessen	96 000 "
3. Ernst Eugen, Landgraf von Hessen	150 000 "
4. Alexis, Landgraf von Hessen	150 000 "
5. Albert, Herzog zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Beckum	181 000 "
6. Friedrich Ferdinand, Herzog zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg	195 000 "
7. Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen	75 000 "
Summe	1 459 000 M.

Diese Renten wurden bis 1913 prompt bezahlt. Dann setzte der Rechtsstreit um die „Aufwertung“ ein, der heute noch nicht abgeschlossen ist.

Der Rechtsgrund der Renten?

Der heffische „Thronjäger“ sollte im Jahre 1866 von Preußen abgelöst werden. Seine Dutaten sind bekanntlich aus dem „Kanonenfutter“ der heffischen Bundeskinder gewonnen worden. Die Schleswig-Holsteiner haben ihre „Rente“ lediglich einer dynastischen Geste der Hohenzollern zu verdanken, über die sogar der kaiserliche Hofmarschall Zedlitz-Trützschler in seinem Tagebuch schreibt: „Man hatte ihnen gar nichts zu entschädigen; der Augustenburger hatte keine Ansprüche aufgegeben; denn er konnte gar keine machen.“ Der Hohenzollern-Sigmaringer hatte auf seine Hoheitsrechte freiwillig verzichtet, ohne daß der „Hohenzollernische Bandtag“ seine Zustimmung gab!

Der Rechtsgrund dieser Tributleistung an die „deposseidierten Fürsten“ war also schon zu Wilhelms Zeiten unstrittig. Die Republik aber soll den dynastischen Subhandeln um Unteranenntochen rechtskräftig machen und legalisieren?

2. Es verlangen von der Republik an Renten die „eigentlichen Standesherrn“:

1. Otto, Fürst zu Salm-Horstmar	60 000 M.
2. Nikolaus Leopold, Fürst zu Salm-Salm	58 000 "
3. Herzog von Croh zu Dalmien	18 000 "
4. Fürst zu Salm-Wittgenstein-Hohenstein	22 500 "
5. Fürst zu Salm-Wittgenstein-Verleburg	46 000 "
6. Fürst zu Solms-Hohensolms	7 000 "
7. Engelbert Maria, Herzog von Arensburg	40 500 "
8. Fürst zu Wied	46 500 "
9. Gustav, Graf zu Alt-Deiningen-Westerburg	20 300 "
10. Fürst zu Wendheim-Steinbrunn	1 500 "
11. Die Töchter der Gräfin Reichenbach-Deßnitz	36 800 "
Summe	370 000 M.

Der Rechtsgrund der Renten?

Die hohen Herren hatten Sitz und Stimme im alten Reich bis zum „Reichsdeputationshauptschluss“ von 1803 und leiteten ihre Rechte aus dem Artikel 14 der Wiener Bundesakte von 1815 her!

3. Es verlangen von der Republik an Renten die „kleinen Herren“:

Hans Joachim von der Schulenburg für das Rittergut Bependorf 600 M. im Jahr. — Friedrich Graf von Galen 1000 M. im Jahr. — Fürst Wendel-Dommersdorf für Aufhebung der Privatgüter seiner polnisch gewordenen Standesherrschaft 1000 M. im Jahr. — Graf zu Lynar in Lübbenau 800 M. für Aufhebung seiner Rechte und Abgaben. — Graf zu Rantzau für die Gutsbesitzerschaft Greifenburg 900 M. — Großherzog von Sachsen-Weimar 24 000 M. — Freiherr von Hammerstein für aufgehobenes Marktlandgeld 1000 M. — Die Wiedische Rentkammer in Newied für Malzwangenschuldigenrenten 5000 M. — Fürst von Solberg-Stolberg für seine Rheinprovinzrente für knapp 20 M. — Graf zu Willemsberg-Westerburg für sein „Rheinostrol“ 12 000 M. — Graf von Matuschka-Greifentau für aufgehobene Blutzehnten und aufgehobene Leibeigenschaft 100 M. im Jahr. — Freilin von Breitenbach für aufgehobene Jagdfronden, „Tanzerschulden“, „Judenabgabe“ und „Reißelzins“ 850 M. Macht zusammen: „Deposseidierte Fürsten“ 1 459 000 M., „Standesherrn“ 370 000 M., „Kleine Herren“ 200 000 M. Alles in allem 2 029 000 M. im Jahr.

Also: Dem erwerbsfähigen Kriegsbeschädigten 900 M., dem Arbeitsinvaliden 700 M., dem auf Altenteil gesetzten Kleinrentner 1200 M., „Unterstützungsfug“ und dem Kriegsinvaliden von 1870/71 ganze 300 M. im Jahr.

Den mecklenburgischen Fürstentümern aber 15 000 M., dem Kommandierenden General 20 000 M. und den arbeitslosen Landesvätern von Hessen, Schleswig-Holstein und Hohenzollern-Sigmaringen je 1 Million im Jahr.

Wartet die Zeit — gebt die richtige Antwort!
Zeichnet für das Volksbegehren!

Der Fall Jürgens

Acht Jahre sind bald verstrichen, seit Arbeiter- und Soldatenräte in Deutschland regierten und wieder abantraten, freiwillig legten sie ihre Mandate in die Hände der Nationalversammlung, und die Abdankung dieser Räte unterschied sich von der Abdankung der Fürsten nur darin, daß die Fürsten abgefunden werden wollten, während die Räte von der Bourgeoisie verurteilt wurden. Sie hätte Grund, diesen Räten zu danken. Jetzt im Falle Jürgens kommt plötzlich an den Tag, daß von den Räten noch etwas existiert: nämlich die Akten: die einzigen und letzten Spuren, die die Räte hinterlassen haben. Wir leben im Lande der Bureaucratie und Registraturen, in diesem Lande hat alles erst dann seine Ordnung, wenn eine Sache zu den Akten gelegt ist. In diesem Lande wird alles „abgelegt“ — dann ist es gut, dann kann man beruhigt schlafengehen.

Im Preussischen Landtag kam Reinert darauf zu sprechen, daß man auf Grund der Akten des Arbeiter- und Soldatenrates

Jürgens eine Anzahl von Erpressungsverbrechen

klipp und klar werde nachweisen können. Es ist eine historische Ironie, wenn Reinert diesen Hinweis brachte, und es ist im Grunde eine sehr nachdenkliche stimmende Affäre: die Räte hatten eine Sendung, eine große geschäftliche Mission. Ein solches Individuum wie Jürgens war ja keine Ausnahmeerscheinung, er war eine Stütze der Monarchie, der Ruhe und Ordnung, der Hohenzollern und der Armee Hindenburgs; und seine Grifften war bedrohlich, als die Räte kamen: vor ihnen floh er, von ihnen drohte ihm das sichere Ende. Aber die „freieste Bestimmung der Welt“, die Demokratie und die Nationalversammlung förderten aufs neue seinen Aufstieg, in der bürgerlichen Republik lebte er dann seine Leistungen im Weltkrieg. Die Militärdiktatur im Kriege hatte

diese Blüte Jürgens entwickelt, die Republik durfte sie genießen.

Im selben Hannover Hoarmanns, des Vermordes, sah dieser Jürgens und entschied über Tod und Leben, er war kaiserlicher Hauptmann der Spionageabwehr und leitete die Hamsterkontrolle, er umgab sich mit einem Stab von Bravos und Sigilanten, mit ihm beherrschte er Hannover, und dessen Gesicht ihm nicht gefiel, der verschwand — an die Front, in den Graben. Jürgens bemerkte: „damit er fällt“. Die Schmocks fabulieren von einer Tragödie Jürgens, sprechen wir offen: das ist keine Tragödie, das ist ein Verbrechen. Und ihn schützt nur der Amnestieerlaß der Volksbeauftragten. Der Revolution verdankt der schwarzweibrote Herr, daß man ihn nicht wegen Anstiftung zum Mord vor Gericht stellt.

Heute hören wir, daß viele längst von ihm alles wußten und — schwiegen. Und so kam Herr Jürgens in die konterrevolutionäre Zelle des Herrn Weismann, dieses... verhängnisvollsten Menschen der Republik, der auch nicht geworden wäre, was er ist, wenn von den Akten noch mehr als die Akten existierten. Jürgens war ein Vertrauensmann Weismanns. Was dieser Staatsanwalt um sich scharte, um die konservative Republik zu sichern, sieht alles wie Jürgens aus. Und gegen Weismann, preussischen Staatssekretär, mußte Auflage erhoben werden, weil er einen solchen Menschen begünstert und beschäftigt hat. Schließlich richtet sich nicht einmal der Angriff so sehr gegen Jürgens als gegen die Institutionen, das System, das erledigten Renten wiederum den Aufstieg ermöglichte. Weismann sah sich Herr Weismann, als Staatskommissar der öffentlichen Ordnung, nicht die Veronalakten des Jürgens an? Aber wir sind noch — was in den Akten des Arbeiter- und Soldatenrates von Hannover steht, steht gewiß nicht in den Akten des Herrn Landgerichtsdirektors.

Und als Herr Jürgens im Burgatorium Herrn Weismann

Auf jeden kommt es an! Jeder muß sich einzeichnen!

manns gelütert und entzündet war, als ihm die Republik gnädig verziehen hatte, durfte er seinen Eifer für die Republik beweisen: da gab es ja den Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik, da wurde der Vertrauensmann und Schlichter Weismann

der raffinierteste und brutalste Untersuchungsrichter in Sachen gegen Arbeiter.

Und da rächte er sich für die Flucht aus Hannover bei Nacht und Nebel im Mannschaftsrock. Viele, viele Menschenleben hat er auf dem Gewissen. Wir wissen nicht, wie viele Existenzen für Lebenszeit zerbrochen sind. Und vielleicht ist jener unglückliche, pathologisch veranlagte Neumann im Tadelaprosess auch ein Opfer des Jürgens. Im Frieden nahm Jürgens keine Tätigkeit vom Arzte wieder auf. Wieder erschien er mit einem Stab von Spionen, Pseudofaktoren, Denunzianten. Wieder war er Herr über Leben und Tod. Und den Kleinbürgern in Stargard war er ein lieber Gott und ein Erretter vor dem Bolschewismus, er war ihr Schlichter. Da sollte man sich nicht erkennen lassen, nicht Gelder leihen und den Mund halten!

Und der Mann machte weiter Karriere und kam nach Berlin. Aber eines Tages rebellierte der Kleinbürger und wollte sein Geld mit Zins und Zinseszinsen wiederhaben. Und die Verjährungsfrist lief ab, die offenbar jetzt sehr oft betrogen werden, sehen sich einen Fall sehr gründlich an, bevor sie Abfindungen zahlen.

Man darf vielleicht nicht so oft denselben Schwindel wiederholen, ein Verbrechen ist wie ein Kunstwerk: einmalig, besonders, aussehend. Und nun schwelgt die bürgerliche Presse in dem Fall. Man hat keine Sensation. Man hat auch etwas Angst, den Abtrittsdickel zu lüften, aber die Reporter überwindet die Furcht. Und so geht's los. Eine Frau ist auch dabei. Und von ihr spricht man lieber als von den Organen der Republik... Adam und Eva...

Die Akten der Räte werden rehabilitiert. Aber das ist nur ein Tropfen. Jürgens ist endlich verhaftet. Aber sein Untersuchungsrichter ist kein ehemaliger Untergebener, dem er einst die Griffe betrocknet hat. Ist das die geeignete Person zum Durchgreifen? Jetzt sollte aber endlich gegen den Verbrecher am Volke und an der Republik durchgegriffen werden!

Deutschland für den Achtstundentag
Gemeinsame Ratifizierung des Abkommens

Der von dem früheren Reichspräsidenten Dr. Ebert, einem führenden Zentrumsmann, herausgegebene „Reichsblatt“ weist von den Absichten des Reichsarbeitsministers, der bekanntlich gleichzeitig den Ratifizierungsentwurf, folgendes zu melden: Die deutsche Delegation zu der Konferenz der Arbeitminister wird voraussichtlich aus folgenden Persönlichkeiten bestehen: Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, Ministerialrat Dr. Ebert und Ministerialrat Feig. Entsprechend dem Programm des Arbeitsministers wird die Haltung der deutschen Delegation eine durchaus positive sein. Die deutsche Delegation wird, soweit es in ihren Kräften steht, die gemeinsame Ratifizierung des Washingtoner Abkommens zu fördern suchen und wird in erster Linie darauf drängen, daß eine gemeinsame authentische Auslegung der Washingtoner Vereinbarung festgestellt wird, damit möglichst umgehend eine Vervollständigung der Arbeiterschaft in den maßgebenden europäischen Industrieländern greift.

Die verurteilte Deutschnationale Partei
Ihr Kronzeuge: 2 Jahre Gefängnis

D. Augsburg, 4. März. (Eig. Draht.) Der von dem Deutschnationalen bestellte Juristhauser und Rechtsanwalt der Partei wurde am Donnerstagabend wegen Vergehens des fortgesetzten Betrugs zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt. Acht Monate der Untersuchungsfrist sollen in Anrechnung gebracht werden. Die bürgerlichen Ehrenrechte wurden dem verurteilten Rechtsanwalt auf 3 Jahre aberkannt. Als das Urteil gefällt war, beschimpfte die Partei den Gerichtshof in den heftigsten Ausdrücken, so daß er vor seiner Abfertigung in die Haft noch eine Ordnungswaise erhielt.

Der Staatsanwalt hatte wegen verübten Betrugs eine Gefängnisstrafe von 2 Jahren 6 Monaten beantragt. In seinem Blätterbuch sind die Anlagen wegen des Anwerbens zum Reichstag, da die Partei nicht gegen Ebert als Kronzeuge auftreten wollte, sondern nur die Beschaffung von Beweismaterial versprochen habe. Der Staatsanwalt stellte weiter ausdrücklich fest, daß das Beweismaterial gegen den Reichspräsidenten Ebert nicht existiert und auch niemals existieren wird für die Sozialdemokratische Partei geliefert hat. Freilich habe entsprechende Angaben nur gemacht, um sich materielle Vorteile zu verschaffen. Der Angeklagte versuchte dann in einer zweistündigen Rede seine betrügerischen Absichten zu rechtfertigen und verlangte nicht nur Freisprechung, sondern auch eine Entschädigung für die Untersuchungsstrafe. Der Deutschnationale Parteisekretär v. Forstner und der schwarze Rote Abgeordnete Rechtsanwalt Wiedersheim hätten sehr wohl gewußt, daß er schwer verurteilt sei und der Kommunistischen Partei angehört. Der vom Gericht zugewiesene fachverständige Gerichtsarzt bezeichnete Freilich als hysterischen Pseudopathen.

Die nachträgliche Rechtfertigung des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert durch das Augsburger Gericht bedeutet gleichzeitig eine schwere Anklage gegen die Deutschnationale Partei. Das über Freilich gefällte Urteil richtet sich in moralischer Beziehung ebenso gegen sie wie gegen den Angeklagten. Wiedersheim hat die Deutschnationale Partei in materialistisch das von dem Staatsanwalt als nie vorhanden gewiesen und erfinden bezeichnete „Beweismaterial“ zu einer Geze gegen den verstorbenen Reichspräsidenten benutzt. Sie wußte, daß dieses Material erfinden war von einem Verbrecher, der wegen der schwersten Delikte fast die Hälfte seines Lebens hinter Gittern- oder Gefängnismauern verbracht hatte, und trotzdem benutzte sie es zu einem politischen Kampf gegen einen Mann, der nur das Beste für sein Vaterland gewollt hat. So richtet sich das Augsburger Urteil auch gegen die gesamte Deutschnationale Partei. Was dort in der Begründung des Urteils über den Angeklagten angeführt wurde, trifft in gleichem Maße auf sie zu; denn der Fehler ist so gut wie der Fehler. Vor einer solchen Gesellschaft, die Verbrecher zu Parteimitgliedern braucht, vermag jeder anständige Mensch nur Abschied zu empfinden!

Der Kampf um die deutsche Sprache

B. Prag, 4. März. (Eig. Draht.) Im Abgeordnetensaal kam es am Donnerstag zu einem heftigen Protest der nationalen Minoritäten gegen die Sprachenverordnung der Regierung. Der deutsche sozialdemokratische Abgeordnete Sibi demühte die Beratung einer Vorlage über Einschränkung der Schriftensprache in Karpatenland, um die bürgerlichen Vorfälle in Karlsbad zur Sprache zu bringen. Er stellte fest, daß die Schulreform der Bevölkerung auf eine bunte Probe gestellt sei,

seitdem in Karlsbad die Staatspolizei herrsche. Jede Versammlung, jede kleinste Zusammenkunft stehe unter Kontrolle; überall finde die Polizei bewacht worden, und trotzdem habe sie sich auseinandergetrieben. Unter Druck der getroffenen Vereinbarungen habe sie auch die Arbeiter überfallen. Das werde den Widerstand der Massen nur stärken. Im Namen der Deutschen Sozialdemokratie erklärte Sibi schließlich, die deutsche Sozialdemokratie der Tschechoslowakei sei entschlossen, den Kampf gegen das herrschende System mit allen Mitteln zu führen.

Im Verlauf der Debatte kam es wiederholt zu Zusammenstößen zwischen den deutschen Sozialdemokraten und den bürgerlichen Parteien der Regierungskoalition. Der Justizminister kündigte schließlich an, daß die Regierung in der nächsten Woche in einer Erklärung im Abgeordnetensaal zu ihren Sprachenverordnungen Stellung nehmen werde.

England behält freie Hand

Keine Festlegung in der Ratifizierung

S. London, 4. März. (Eig. Draht.) Die Frage der Erweiterung der Ratifizierung im Völkerbund hat keine klare Entscheidung gefunden. Der Kabinettsrat beschloß: Die Regierung als Ganzes unterstütze die bedingungslose Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund. Die Erweiterung des Völkerbundes durch Gewährung von Sitzen an Polen und andere Mächte sei eine Frage, die vom Völkerbund zu einem späteren Zeitpunkt behandelt werden müsse. Chamberlain habe eine „freie Hand“ gefordert und erbat, damit er nicht an eine bestimmte Politik gebunden sei, daß ihm nichts mehr zum Handeln übrigbleiben würde.

Im Unterhause sprach Chamberlain ähnlich unentschieden. Er werde nichts gegen Deutschlands berechnete Wünsche und Gefühle tun, aber die Frage der Erweiterung des Rates könne doch beraten werden. MacDonald wachte sich gegen Chamberlains unbestimmte Haltung. Auch nie sei die ganze

Ein Pfarrer gegen die Abfindung

Sollen wir Hessen jetzt die damals vom König von Preußen geraubten Schätze in Kassel und Wilhelmshöhe den Hohenzollern nochmal bezahlen? So schreibt der evangelisch-lutherische Pfarrer Schunk in der kirchlich-religiösen Wochenchrift „Kirche und Welt“:

Die Empörung des Volkes über diese Unersättlichkeit ist angesichts der großen Not und der kümmerlichen Aufwertung der verlorenen Guthaben an den Staat außerordentlich groß geworden. — Wer seinen Thron selbst verläßt, verläßt auch sein Recht! — Wer den göttlichen Eingriff in die heutige Rechtsbildung anerkennt, der wird jetzt sagen: Es ist gerecht, daß sie enteignet werden. Der Säule, die sich an ihnen vollzieht, darf keiner in der Arm fallen, der die Meinung des Rechtes darin wahren sieht!

Das meinen wir auch! Nur ist es mit dem „Nicht-Inden-Arm-Fallen“ nicht getan! Erforderlich ist der Gang zum Volksbegehren!

Und die Bauern?

D. München, 4. März. (Eig. Draht.) Aus den Bauernregionen in Niederbayern, Oberbayern und Schwaben gelangen täglich Hunderte von stürmischen Forderungen in Zuschriften und Entschuldigungen für die Unterstützung des Volksbegehrens gegen den Raub der Fürsten an die Parteileitung des Bayerischen Bauernbundes. Die Vorstandschaft des Bundes hat sich trotzdem am Mittwoch entschieden, daß das Volksbegehren für den Bauernbund nicht in Frage kommt. Begründet wird diese Entscheidung mit dem von acht bayerisch-partikularistischen Geistlichen erfaßten Hinweis, daß das Volksbegehren für Bayern durch den mit dem Hause Wittelsbach abgeschlossenen Abfindungsvertrag überholt sei. Es ist ein offenes Geheimnis, daß die gegenwärtige Leitung des Bauernbundes ihre diesfalls reaktionären Beschlüsse der letzten Zeit einzig und allein mit Rücksicht auf ihre Bindungen mit den Rechtsparteien gefaßt hat, da sonst damit zu rechnen wäre, daß der Bauernbund aus der bayerischen Regierungskoalition auszuscheiden gezwungen würde. Welche Kreise der Mitglieder des Bauernbundes sind mit dieser Haltung der Parteileitung keineswegs zufrieden. Das hat bereits dazu geführt, daß ganze Ortschaften der Partei geschlossen den Rücken gekehrt haben.

Nation so einzig gewesen wie in dieser Frage. Deutschland gelöhre der Ratifizierung ohne weitere Erweiterung. Ministerpräsident Baldwin sagte Deutschland den Ratifizierung zu, ohne die Erweiterungsfrage herzustellen. Die Erweiterung verlief ohne Beschluß.

Deutschland fordert vorherige Verständigung

P. Paris, 3. März. (Eig. Funkdruck.) Der Schritt des deutschen Vorkämpfers in Paris und London, der am Donnerstag erfolgte, hat der Übermittlung des Wunsches der deutschen Regierung gegolten, vor dem Beginn der Tagung des Völkerbundes am Montag eine Verständigung mit den Signalarmbänden von Locarno über die Erweiterung des Völkerbundes zu haben. Da die englische Regierung nach den Erläuterungen Chamberlains den deutschen Vorschlag angenommen hat, so wird auch die französische Regierung der deutschen Anregung Folge leisten.

Die Not der Winzer
Deutscher Reichstag

Aus Berlin wird uns geschrieben: Die kurze Reichstagsführung am Donnerstag wurde mit der Beratung der Interpellation aufgeföhrt, die sich mit dem Notstand der Winzer, insbesondere an der Mosel, beschäftigte, wo es zu Aufständen der notleidenden Winzer gekommen ist. Der deutschnationale Abg. Haag, der die Debatte eröffnete, spitzte seine Rede mit Angriffen gegen die Sozialdemokratie, weil deren Legane sich weismächtig über die wirtschaftlichen Ausföhren der Winzer geäußert haben. Der Zentrumredner Reijes beklagte, daß die Regierung solange alle Warnungen in den Wind geschlagen habe. Er verlangt als Hilfe für die Winzer u. a. Aufhebung der Weinsteuer.

Genosse Ritschmann

steht fest, daß es sich bei den Revolutionen in Fernost nicht um einen Separatistenputz gehandelt hat. Allerdings versuchen gewisse Kreise aus der Fessel die Not an der Mosel für ihre besonderen Zwecke auszunutzen. Wir möchten vermeiden, daß die separatistische Bewegung wieder fröhliches Blut zugeführt bekommt,

wenn es nicht gelingt, der Not zu begegnen. Die Not in den Weinbaugebieten ist eine von uns längst erkannte Tatsache. Wir wissen, daß die Romanistik, mit der viele Nichtwinzer des Weingebietes die Not und die Notleidenden heute noch umkleiden, längst nicht mehr besteht. Wir haben dort einen Schlag von Arbeitern und selbständigen Bauern, die unter den schwersten Bedingungen arbeiten müssen. Wir sehen die tiefste Krise der Winzernot darin, daß es nicht möglich ist, den Absatz zu sichern, der auf Grund der Produktion notwendig wäre. Aber der mangelnde Absatz hängt mit sehr bedingtem mit dem spanischen Handelsvertrag zusammen. Wenn schon Vorwürfe auf Grund des spanischen Vertrages bestanden, dann erheben Sie diese Vorwürfe nicht gegen die Sozialdemokratie, die sich damals der Stimme enthielt, um Sie zu zwingen, Regierungspartei zu sein. Dann seien Sie doch so ehrlich, zu sagen: Wir sind es gewesen, die den deutschen Winzern die Abgabemöglichkeiten unterhunden haben.

Wenn Sie den Winzern helfen wollen, dann treiben Sie mit uns eine Wirtschaft- und Handelspolitik, zugleich aber auch eine Notpolitik, die die große Krise der Weinempfänger in Deutschland in die Lage versetzt, für den Schnaps Wein zu trinken.

Man macht uns den Vorwurf, daß wir aus Rücksicht auf die Industrie- und Handelspolitik kein Verständnis für die Weinbauern hätten. Tatsächlich haben wir immer auf dem Standpunkt gestanden, man müsse versuchen, die beiderseitigen Interessen so wahrzunehmen, daß keiner durch den anderen geschädigt wird. Wir begrüßen die Begeisterung, mit der man dem Notstand der Winzer zu begegnen sucht. Allerdings anzuhören wir sehr oft feststellen, daß der große Notstand der Erwerbslosen bei den bürgerlichen Parteien nicht das gleiche Verständnis gefunden hat. Wir wollen den Winzern helfen in dem Sinne, wie wir schon im Sommer im Steuerreformgesetz gearbeitet haben. Erinnern Sie sich doch, daß wir damals den Vorkampf machten, die billigen Konsumvereine teillos von der Besteuerung zu befreien. Es ist dann ein Kompromiß zustande gekommen, wonach ein Drittel des Weinsteuerertrags den Weinbauern als Unterstützung gegeben werden sollte. Diese Unterstützung ist bis jetzt nicht ausgezahlt worden, weil die Steuer nicht den Ertrag brachte, den man vorher errechnet hatte. Das beweist doch, daß die ganze Angelegenheit nicht eine Frage des Zolls oder der Steuern, sondern eine Frage allgemeiner Wirtschaftspolitik ist. Wir werden in den Ausschüssen mitarbeiten, um die Notstände in den Weinbaugebieten zu beseitigen. Dabei denken wir allerdings auch an die Angehörigen der Nebenberufe, an die Winzer, die in allen Anträgen vergessen sind, nämlich an die Weinbauarbeiter! (Acht. Red. h. d. Sog.)

Der Deutsche Parteipartei Veder widersprach Teilen dieser Rede. Er meinte, daß nicht nur die allgemeine Wirtschaftspolitik, sondern auch der Rückgang des Weinverbrauchs im Auslande Schuld sei, weil manche große Länder teufelhaft worden seien. Der Reichsminister für die besetzten Gebiete führte aus, daß im letzten Jahre insgesamt 42 Millionen als Personalarbeitskräfte für die Winzer bewilligt seien. Die Regierung sei zu weiteren Maßnahmen bereit.

Die Debatte dauerte noch eine Weile weiter, ohne daß es nennenswerte Bemerkungen gemacht wurden. — Schließlich wurde die Weiterbehandlung der Angelegenheit einem Sonderausschuß von 21 Mitgliedern überwiesen.

Rüstungs- oder Kulturausgaben?

Die Deutsche Friedensgesellschaft hat dem Reichstag eine gegen den hohen Reichshaushalt gerichtete Eingabe gegeben, die das neue Flugblatt der Gesellschaft: „Bürger der Republik, wofür zahlst Du Steuern?“ begleitet ist. In diesem Flugblatt wird eine große Reihe von Kulturausgaben mit wichtigen Kultur- und sozialen Ausgaben verglichen. Aus der interessanten Aufstellung ergibt sich z. B., daß für die Herberhäuser des Reiches rund 4 Milliarden Mark ausgegeben werden, während das ganze Land Preußen für die Bekämpfung der Tuberkulose nur 400 000 Mark übrig hat. Die kleine Reichsmarine braucht u. a. für ein Zielgeschiff zu ihren Schiffsbaukosten 23 Millionen Mark, während der Etat des Reichsgesundheitswesens, einschließlich der Mittel für Laboratorien und Fortbildungen, nur 13 Millionen Mark beträgt! Die Schulverwaltung ergibt sich von selbst — sogar in dem abgerückten Deutschland sind die Kultur- und sozialen Ausgaben im Vergleich zu den militärischen bescheiden mehr. Deshalb fordert die Friedensgesellschaft in der Eingabe unter Würdigung ihres grundsätzlichen Standpunktes, daß die Reichsmarine überhaupt abgeschafft sei, den Auftrieb von mindestens 200 Millionen Mark zum vorliegenden Etat zugunsten der Erhöhung sozialer Ausgaben, wie für Wohnungsbau und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Neuer Fememordversuch

Ein bisher unbekannter Fememordversuch ist der Staatsanwalt in Landsberg a. d. W. durch die Anzeige des Feldwebels Gäbde zur Kenntnis gekommen. Gäbde ist im April 1923, als er bei einem Arbeitsschwenk auf dem Feldwebel Alapprob und einer Gruppe von Offizieren der Schwarzen Reichswache in einem abgeschlossenen Raum des Forts plötzlich überfallen und mit einem stumpfen Gegenstand niederschlagen worden, so daß er auf dem Boden lag. Als er in einer Helferei zum Bereichenden Kräftigen gebracht wurde, hörte er die Worte: „Gäbde hätte man das hat kassieren müssen, er verdient es; aber wir wollen Mühsal nehmen auf seine Frau und seine Kinder.“ Gäbde wurde dann in das Lazarett in Landsberg geschafft, wo er lange Zeit an seiner schweren Kopfverletzung darniederlag. Aus Rücksicht vor weiteren Vorfällen hat es Gäbde, der ohne jede Schuld in den Verdacht der Intoxikation und damit auf die „schwarze Welle“ gekommen war, unterlassen, der Polizei über sein Erlebnis Anzeige zu erstatten.

Die Fememörder auch Hochverräter

Die Hauptverhandlung gegen die Fememörder Schürer, Oberleitnant Schulz und Genossen wegen Ermordung des Angehörigen der Schwarzen Reichswache, Erzschäpe, die am 15. März in Landsberg a. d. W. hingerichtet wurde, wird, wie amtlich mitgeteilt wird, eine Verurteilung erklären, da eine weitere Aufklärung erforderlich geworden ist. Die Staatsanwaltschaft plant, die Angelegenheit durch Verbrechen des Hochverrats auszuweisen. Da die entsprechenden Voruntersuchungen noch nicht abgeschlossen sind, hat sich die Vertagung als notwendig erwiesen. — Doch die Organisierung einer Schwarzen Reichswache vollendet Hochverrat ist. Scheint jetzt endlich auch dem Staatsanwalt zu dämmern?

Sechs Angehörige der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei sind wegen der Schikerei in Buchhof von der Politischen Polizei des Polizeipräsidiums Berlin verhaftet worden.

Kleine politische Nachrichten

Keine Verlängerung des Besoldungssperregesetzes Das Besoldungssperregesetz, das die Reichsregierung um ein Jahr verlängern wollte, wird allem Anschein nach keine Verlängerung mehr erfahren. Denn in dieser die Vorlage zur Verlängerung noch nicht zurückgezogen, aber die Zurückziehung ist mehr als wahrscheinlich, nachdem sich die Reichsregierung davon überzeugen mußte, daß die Mehrheit des Reichstages gegen eine Verlängerung des Sperregesetzes stimmen wird.

Anklageschrift gegen Darmat

Amlich wird darauf verwiesen, daß die Anklageschrift gegen Darmat und Genossen entgegen anderen Meldungen fertiggestellt ist. Die Behauptung der deutschnationalen Presse, die Darmat seien nach Holland entflohen, beruht ebenfalls auf einer Lüge.

Die Ehetragödie der Frau Vötkel

In Leipzig sind, wie wir bereits mitteilten, Frau Michalina Vötkel und ihr Bruder Jan Jiska wegen gemeinschaftlicher Ermordung des Polizeiwachmeisters Vötkel zum Tode verurteilt worden. Verwerfen wir die Todesstrafe überhaupt, so ganz besonders in diesem Fall. Zunächst trägt sich die Annahme, daß wirklich Mord, nicht Totschlag oder gar Mordwehr, die jungen Vötkel. Aber auch wenn die juchhäre Tat geplant und vorbereitet war, so besteht doch — trotz den Gutachten der Sachverständigen — Verdrängung zu den härtesten Zweifeln, ob Frau Vötkel wirklich dafür voll verantwortlich zu machen war, ob nicht der Gemordete die Hauptrolle daran spielte, daß seine Frau zur Mörderin an ihm wurde. Die Leipziger Volkzeitung schreibt:

Während der viertägigen Verhandlung im Prozeß gegen Michalina Vötkel und Jan Jiska entrollte sich die juchhäre Tragödie einer verheirateten Ehe. Vor vierzehn Jahren traf die damals 20jährige Michalina Jiska mit dem um zwei Jahre jüngeren Otto Vötkel zusammen. Da Vötkel von je her Abwechslung liebte, verkehrte er mit der jungen hübschen Götlin intim. Als das Mädchen schwanger war, ergaben sich die ersten tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten. Vötkel versuchte Michalina zur Abtreibung zu zwingen. Der tiefreligiösen Katholikin erschien diese Zumutung unehrerlich. Der Mann warf sie auf ein Sofa und wollte ihr einen Krampf mit Gewalt einflößen. Da ergriß das Mädchen die Flasche und erschlug sie an dem Wäterich. Sie schloß ihr Kind, das sie schon damals leidenschaftlich liebte, in ihre Arme. Trotzdem nun bitterer Haß gegen Vötkel aufkommen begann, heiratete sie ihn wenige Tage vor der Geburt eines Johannes, um diesen nicht als unehelich „ohne Ehre“ zu lassen. Und nun begann das Martyrium ihrer Ehe. Vötkel hätte sie bestimmt mit dem Kinde sitzen lassen, wenn er von dieser Verbindung nicht materielle Vorteile erhoffen konnte. Und er hatte sich nicht getraut, außer eigenem Vermögen veräußerte seine Frau noch ihres Bruders Besitz. Vötkel versuchte nun Vötkel die „Poloden“ um alles zu bringen. Im Ehescheidungsprozeß wäre ihm das viel leicht gelungen. Damit hing auch der Kampf der Eltern um das Kind zusammen. Vötkel wollte den Jungen nur, weil auf dessen Namen ein Grundstück eingetragene war. Und Jiska kam im Oktober 1925, um sein Vermögen vor der Haberei seines Schwagers endlich zu retten. Das die materiellen Gründe waren.

Wie schlimmer stand es um das Zusammenleben der beiden Vötkel. Frau Michalina: fanatisch katholisch, von starker Liebebegehrlichkeit, immer wieder inbrünstig häuslicher Familienflut in christlichen Geiste ersühnend, von sanftem zartem Gefühlleben vor allem in Liebesdingen und von überlebener Liebe zu ihrem „Väterchen“ erfüllt; Otto Vötkel: religiös indifferent, oberflächlich, roh, brutal, ungeheuer, sexuell ausschweifend, ja pervers, machte nie einen Versuch, seine Frau verstehen zu wollen. Statt dessen schlug er sie und tötete, daß die Wöbel entzweiungen. So veränderte schließlich nach „dreizehnjährigem Juchthaus“ auch das Gemüt der Polin und ihres Jungen. Ein unennbarer Haß gegen den Polizeiwachmeister, der immer so auf seine Uniform und seinen Rang pochte und sich damit stets von dem herein das Übergewicht zu verschaffen suchte, quoll in beiden auf. Der geringste Anlaß mußte eine Explosion auslösen.

Das Urteil ist gesprochen, es hält einen Notwehrakt für ausgeschlossen. Mag es so oder so gewesen sein. Auf jeden Fall erfolgte nun die Reaktion auf die unmenslichen und schandlichen Qualereien Vötkels an seiner Frau. Dreizehn Jahre physisches und psychisches Martyrium lassen das Zerbrechen der Leiche verständlich erscheinen. Die Frage steigt auf, wer die Schuld an dieser Tragödie trägt. Die Wurzeln der abgewirkten Tat sind auf jeden Fall weitverbreitet. Die Frau, blind am Katholizismus hängend, opferte den kirchlichen Dogmen ihr, vor dreizehn Jahren gesundem Menschenverstand entsprechend zu handeln. Auch hier stand die

Religion wieder einmal den Erfordernissen des Lebens verständnislos gegenüber, ebenso verständnislos wie die Geschlechter. Die auf Privateigentum und Herrschaft des Mannes beruhenden Paragraphen bedrohten nun auch noch ihren und den Besitz des geliebten Bruders. Ja, sogar ihr Fleisch und Blut, der über alles geliebte Bubi, sollte ihr entzissen werden. Diesen Auswirkungen unserer Gesellschaftsordnung stand das zum Ueberflus noch von den piekerhaften Nachbarn gehetzte schwache Weib verständnislos und fassungslos gegenüber. Zuletzt verzweifelte sie auch an Gott, da der ihr ebenfalls nicht half. Nun ist sie auch noch an der Gerechtigkeit irre geworden, da man ihren Bruder Jiska lediglich auf die Mitschuld eines ihres Kindes hin des Mordes für schuldig befand. Soll er das vierte Opfer ihrer Ehetragödie sein?

Es sind wohl zwei Todesurteile gefällt, sie dürfen aber keinesfalls vollstreckt werden. Auf dem Gnadenwege muß das Urteil auf jeden Fall noch eine wesentliche Milderung erfahren.

Aus den Verhandlungen hervorzuheben und festzuhalten ist ein Satz des ärztlichen Gutachters Dr. Schük. Dieser schloß seinen Bericht eines Besuchs, daß Frau Vötkel die juchhäre Tat mit Ueberlegung ausgeführt habe, mit dem Hinweis darauf, daß die Angeklagte Polin sei und daß der polnische Volksstamm sich wesentlich von unserm germanischen unterscheidet.

Solche Feststellung scheint uns ungeheuer leichtfertig. Abgesehen davon, daß der Satz sehr anscheinend ist, konnte er auch dazu dienen, in den Geschworenen ein Gefühl der Fremdheit und Feindseligkeit gegen die Angeklagte zu erwecken; vielleicht ist es so gewesen, und ohne daß die, welche das Urteil fällten, sich dessen bewußt wurden, haben sie sich von der Vorstellung leiten lassen, daß in Vötkel verlebte „Germanentum“ an einer andersgearteten, daher minderwertigen und schädlichen Rasse rächen zu müssen.

Denkschrift über Geheimverbände

Dem Reichstag ist dieser Tage im Auftrag verschiedener Verbände von Professor Dr. Ludwig Quide eine Denkschrift überreicht worden, die umfangreiches Material über die stillschweigende Duldung heimlicher „Kampferbände“ durch die deutsche Wehrmacht und die deutsche Rechtsprechung bringt. In der Eingabe wird der Reichstag ersucht, festzustellen, ob die Angaben auf Wahrheit beruhen, und dann gebeten, die Reichsregierung zu härtesten Eingriffen zu veranlassen. Sie umreißt in erster Linie den sogenannten „Heimatschutz“, eine auf die „Bereinigten Vaterländischen Verbände“ sich stützende Organisation, deren Bestehen außenpolitisch zwar völlig belanglos ist, innerpolitisch aber zu schwersten Gefahren für die Republik werden könne. Gestützt wird diese Organisation nach der Denkschrift von den rechtsradikalen Verbänden und dem Großgrundbesitz. Sie baut sich auf den „Freikorps“ des Rapp-Buschs und der Herbstrollen des Jahres 1923 auf. Von Brandenburg, Ostpreußen, Schlesien, Mecklenburg und Pommern verbreitete sie sich im Laufe der Jahre 1923 und 1924 über Mittel- und Süddeutschland nach dem Westen. In der Denkschrift wird der „Heimatschutz“ als eine ausgesprochen militärische Geheimorganisation angesehen, die sich eng an die Wehrmacht angliedern soll. So ist der „Heimatschutz“ Brandenburg, als dessen Führer der Graf von Hardenberg genannt wird, in drei Kreise eingeteilt: erstes Kommando Potsdam, zweites Kommando Frankfurt a. d. O., drittes Kommando Ostmark. Jedem Kommando seien Bezirkskommandos im Sinne der alten Heeresgliederung unterstellt. Um diese „Truppe“ kampffähig zu erhalten, würden höchstwahrscheinlich dreimal wöchentlich abgehalten, und zwar am Montag Sport und Instruktion, am Mittwoch Waffenübung, am Sonnabend und Sonntag Felddienst. Die Leiter der Bezirkskommandos, die sogenannten „Kreisoffiziere“, würden jährlich einmal zu achtstündigen Wiederholungskursen in die Reichswehr eingestuft. Die „Waffeninspektion“ des „Heimatschutzes“ liege in den Händen des Hauptmanns a. D. Balzer, Frankfurt a. M. Ueber die „Mobilmachung“, die Finanzierung, die

Organisation, die Waffenlager des „Heimatschutzes“, seine Verbindungen zur Reichsbahngesellschaft, zum „Frontbann“ und zum „Stahlhelm“ werden eingehende, durch Aktenzeichen, Nummern und Personenbenennung belegte Mitteilungen gemacht.

Es scheint in der Tat angebracht, daß sich der Reichstag schnell und ernsthaft mit diesen Angaben befaßt.

Schlachtochmarkt Dresden vom 4. März

Auftrieb: 10 Bullen, 15 Kalben und Kühe, 888 Kälber, 102 Schafe, 476 Schweine, zusammen 1191 Tiere. Geschäftsgang: Kälber gut, Schweine langsam. — An Leberhand: 3 Bullen. — Die Preise sind Marktpreise für nächsten gewöhnliche Tiere und schärfen lärmliche Zeiten des Handels ab. Preis für frischen, Partik- und Verkaufsfleisch, Unschlachtet sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, erheben sich also wesentlich über die Stallpreise. — Ausnahmepreise über Notiz. — Für Kinder Weidloch belanglos, daher ist eine amtliche Preisnotierung nicht erfolgt. — Kälber: Beste Mast- und Saugkälber 72—76, 119 M., mittlere Mast- und gute Saugkälber 66—70, 113 M., geringe Kälber 60—66, 100 M. — Schafe: Mastschaf. — Schweine: vollfleischige der feinen Rassen und der Kreuzungen im Alter bis zu einundzwanzig Jahren 75—77, 98 M., Fleischschweine 70—80, 99 M., fleischige 73—74, 98 M., gering entwickelte 70 bis 72, 98 M., Sauen und Eber 60—70, 87 M.

Die Großhandelsrichtzahl

Berlin, 4. März. Die auf den Stichtag des 3. März berechnete amtliche Großhandelsrichtzahl des Reichsstatistikamtes ist gegenüber dem Stande vom 24. Februar (117,6) um 0,8 p. h. auf 117,8 zurückgegangen. Gefallen sind die Preise für Getreide, Kartoffeln, Schweinefleisch, Kopfen, Treibriemenleder, einige Textilrohstoffe und Halbwaren sowie die meisten Nichteisenmetalle. Höher lagen die Preise für Weizen, Hafer, Schmalz, Zucker, Rindfleisch, Schwingelholz und Benzin. Von den Hauptgruppen haben die Agrarprodukte von 111,5 auf 111,3 oder um 0,2 p. h., die Industriehölzer von 129 auf 128,5 oder um 0,4 p. h. nachgegeben. Für den Durchschnitt Februar ergibt sich ein Rückgang der Großhandelsrichtzahl von 120 im Durchschnitt Januar auf 118,4 oder um 1,6 p. h.

Schlusnotierungen der Produktendörse

rs. Berlin, 5. März. (Eig. Funkbr.) Weizenmärkte: März 262½, Mai 261, Juli 264; Tendenz: schwächer. Roggen märktlich: März 159, Mai 172, Juli 175; Tendenz: fest. Hafer: März —, Mai 176, Juli —; Tendenz: stetig.

Amtliche Berliner Produkten-Notierungen

am 4. März
Weizen, märk. 249—253 (249—253), Roggen, märk. 145—149 (148—147), Gerste, Sommer 169—187 (183—187), Gerste, Winter 136—150 (136—150), Hafer, märk. 157—167 (157—166), Weizenmehl 32,25—35,75 (32,25—35,75), Roggenmehl 21,00—23,70 (21,00—23,00), Viktoria-Erdbeeren 26,00—32,00 (25,00—32,00). Die Ziffern in Klammern bedeuten Vortag.

Wasserstände der Moldau, Eger und Elbe

	Moldau		Eger		Elbe	
	3.3.	4.3.	3.3.	4.3.	3.3.	4.3.
Kamitz	+ 99	+ 92	Waldau	+ 120	+ 123	
Waldau	+ 104	+ 89	Waldau	+ 164	+ 162	
Laun	+ 105	+ 100	Waldau	+ 172	+ 152	
Waldau	+ 68	+ 60	Waldau	+ 221	+ 198	
			Dresden	+ 67	+ 52	

Wettervorhersage für den 6. März

Witterungsansichten: Stark veränderliche Witterung, anfangs, besonders im Gebirge, noch Neigung zu leichten Niederschlagschauern, voraussichtlich bis ins Flachland herab als Schnee. Nachmittags: Temperaturen im Flachland auch tagsüber nur wenige Grad über Gefrierpunkt. Ergänzende kalte, zeitweilig noch etwas auffrischende westliche bis nördliche Winde.

Sportwetterbericht vom 5. März, vormittags

Mitgeteilt vom Beobachter Renner
Gampelhaude: Schneefall, Nordwest, Barometer fallend, — 6 Grad, 40—50 cm Schnee, 10 cm Neuschnee, St. und Schlitzen gut. — Krummhölzer: Schneefall, Nordwest, Barometer fallend, — 2 Grad, 10 cm Schnee, St. und Schlitzen mäßig. — Neue Heiliche Gande: Schneefall, West, Barometer fest, — 6 Grad, 80 cm Schnee, 20 cm Neuschnee, St. und Schlitzen gut. — Prins Heinrich-Gande und Schlieffhaude: Schneefall, windstill, Barometer fallend, — 8 Grad, 40—50 cm Schnee, 10 cm Neuschnee, St. und Schlitzen gut. — Reisträgerhaude: Schneefall, West, Barometer fest, — 8 Grad, 80 cm Schnee, 25 cm Neuschnee, St. und Schlitzen gut. — Schlingelhaude: Schneefall, Nordwest, Barometer fallend, — 5 Grad, 30—40 cm Schnee, 10 cm Neuschnee, St. leidet, Schlitzen gut. — Schreiberhaude: Schneefall, windstill, Barometer steigend, — 1 Grad, 5 cm Schnee. — Teichmannhaude: Schneefall, Nordwest, Barometer fallend, — 2 Grad, 10 cm Schnee, St. und Schlitzen mäßig. — Wiesenhaude: Schneefall, windstill, Barometer fallend, — 8 Grad, 40—50 cm Schnee, 10 cm Neuschnee, St. und Schlitzen gut.

Leben • Wissen • Kunst

Das neue Heim der Fides

Strubestraße 6

Nach einer Zeit unzeitweiliger Verdrängung unternimmt die Fides wieder größere Ausstellungen in neuen Räumen, die sie sich durch den Verkauf ihrer Werke erworben hat. Sie liegen dem Mittelpunkt des Stadtviertels näher als die früheren, unmittelbar an der Bräuerstraße in einem hohen Saal flutet durch zwei große Fenster ein helles Licht auf drei Wände, die als Hintergrund für die Bildwerke dienen. Der Raum selber ist niedrig, aber eben deshalb gut geeignet für die Fides. Man hat das Gefühl, man hat geradezu einen Blick auf die Werke, die als Hintergrund für die Bildwerke dienen. Die Fides selber ist niedrig, aber eben deshalb gut geeignet für die Fides. Man hat das Gefühl, man hat geradezu einen Blick auf die Werke, die als Hintergrund für die Bildwerke dienen. Die Fides selber ist niedrig, aber eben deshalb gut geeignet für die Fides. Man hat das Gefühl, man hat geradezu einen Blick auf die Werke, die als Hintergrund für die Bildwerke dienen.

Theater

Opernhaus. Die Verliebten, Balletpantomime von Ellen v. Cleve-Bey ging am Donnerstag zum ersten Mal in Szene. — Mit der Ballettmusik der Opernbühne müssen die Kunstschaffenden unserer Tage noch weit mehr als mit der Oper selbst anfangen: sie sind durch allem scharf und nachdrücklich eingestelltes Vertrauen der heute gepflegten, schönen Leibesbewegung, die Ausdruck eines neuen, aufstrebenden Menschentums ist, abgebrannt von der Forderung eines heiteren Spiels, dessen Gewebe in die feineren Falten der Erotik verdrängt ist — ein Gewebe, das aufzuspringen nur der Wunderwirkenden Opernbühne gelingen kann. Diese Mittel zu bewegen und auf theatralische Weise anzupassen für eine pantomimische Idee — dazu hat Ellen v. Cleve-Bey in ihrer Landbildung Die Verliebten Mut, Phantasie und reiches Können aufgeworfen. Raum länger als eine halbe Stunde bereiten sich barocke, schwebende, die gleichsam ein pantomimischer Kompostpunkt zu Mozart's seiner Radikalmusik sind. Und Mozart folgend, sucht Ellen Bey mit ihrer pantomimischen Fabel in die Zeit vor 1792 — in die glänzende Zeit. Eine Menge entzückender Dinge war da zu sehen, für die nicht weniger als dreißig wohlgeschulte Darsteller einflanden. Lauter Beifall dankt allen, gewiß mit dem Wunsch, sie in dem heiteren Werkchen bald wiederzusehen. — Dem Ballett voraus ging eine hervorragend gute Aufführung von Gombels Ketzers P. B.

Konzert

Violinabend Dübau. Erich Dübau, der hiesige Hochschullehrer des Violinspiels und Kammermusik, gab an seinem eigenen Violinabend im Palmengarten Zeugnis von seiner reifen Kunst. Seine Konzerte sind merkwürdigerweise von dem jahrelangen Spiel im Staatsorchester nicht nachteilig beeinflusst, sondern hat sich alle selbständigen Qualitäten bewahrt. Man kann sich das auch aus den häufigen Tätigkeiten des Konzertgebers als virtuöser „Kammermusiker“, nämlich als Quartettspieler, erklären. Neben Mozart'schen und Bach'schen Violinsonaten (A-Dur, A-Moll) vermittelte Dübau zwei kleinere Stücke Ketzers, Albulblatt und Romange. Charakteristische Ketzersche Violinbildung und ohne Langweiligkeit. Kr.

Dresdner Kalender

Theater am 6. März. Opernhaus: Anrechtstreue A: Boris Godunow (7½). Schauspielhaus: Anrechtstreue A: Der mutige Schahraz (7½). Volkshäuser: Anrechtstreue A: 1. Obertheater: Am Karlsruherplatz: Pauliner-Operette (5½). 2. Obertheater: Gattin der Frau Gilbert-Lorraine: Wäbi (8). Neues Theater (Dittmar): Rada Hanna und die Dienstbotenfrage (7½). Volkshäuser: Anrechtstreue A: 1. Obertheater: Das Straußband der Herogin (7½). 2. Obertheater: Am Bismarckplatz: Zum ersten Male: Liebe und Kompetenzblasen (8).

H-Moll-Messe. Morgen (7½) in der Kreuzkirche

Aufführung der hohen Messe durch den Wächterverein. Die Messe ist nach größtem Lobwert und, völlig losgelöst vom Dienste der Liturgie, die Offenbarung eines rein persönlichen religiösen Empfindens wie die Beethoven's Missa solennis und Wagner's Parsifal.

Die Vokalcapelle wiederholt das Konzert mit den 10- bis 24-stimmigen Vokalwerken der römischen, byzantinischen, neoplatonischen Schule am 7. März (8) in der Christuskirche, Ströben. Solistische Mitwirkung: Johannes Köpcke. Karten bei Ries und an der Kirche.

Volkshochschule. Dienstag (8) im Gewerbedanksaal Veehoven a. B. an dem selten gehörte Werke für gemischten Chor und Orchester zur Aufführung kommen: Elegische Gesänge, Bundeslied, Chorantike, Reimen von Arden, Meerestücke und glückliche Fahrt u. a. — Klavier solo Franz Wagner. — Karten bei Ries und Montag am Übungsabend.

Kleine Mitteilungen

Wein Freund, der Regenleiser, von W. Berg ist der Titel eines Buchs, das mit am spätesten letztmal auf den Weihnachtsfest gelegt worden ist. Sehr viele Leser haben also das Werden eines Freundschaftsbundes zwischen einem großen Menschen und einem kleinen Vogel verfolgt und sich innerlich hineinbegeben gefühlt. Diese werden es vielleicht bedauern, daß im Staatlichen Museum für Tierkunde (Jungfer) eine kleine Sonderausstellung gemacht worden ist, um ihnen „Kakoi“ und seine Vögel in den lappländischen Hochgebirgen in Lebensgröße zu zeigen. Da sieht man außer dem Selten des Buchs noch den schmalen Wasserreiter, draußen eine der lieblichsten Vogelgefallen, den großen Kuckuck und den Regenschneepögel, alle drei sind Schmeißer. Ferner das wälderne Wälderchen, die Vögel des Nordens, und die beiden Arten Schneemöwen. Daneben die auf ihrem Zornstachel drückende Corcorante die sich über irischen Läng, endlich die zwei von „Lobo“ unheimlich beobachteten Dufstrolche, den Raufußpuffard und die langschwänzige Klammöwe. Mehrere von diesen Vögeln sind Stücke, die einst W. Berg selber in Lappland geammelt hat, als er noch nicht der berühmte Schriftsteller und Filmunternehmer war, sondern ein armer junger Sammler und Präparator.

Der Deutsche Verein zur Förderung des mathematischen und naturwissenschaftlichen Unterrichts hält vom 5. bis 9. April in Dresden seine 28. Hauptversammlung ab. Mit der Tagung ist eine Ausstellung der Lehrmittellieferanten und eine Ausstellung der Dresdner höheren Schulen zum Stande des mathematisch-naturwissenschaftlichen Unterrichts verbunden.

Öffentliche Aufforderung

zur Abgabe der Steuererklärung für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Umsatzsteuer für 1925 und 1924/25. Die Steuererklärungen zur Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Umsatzsteuer sind in der Zeit vom 11. März bis 27. März 1926 unter Benutzung der vorgedruckten Vordrucke wie folgt abzugeben:

A. Einkommensteuer und Körperschaftsteuer. I. Zur Abgabe einer Steuererklärung für die Einkommensteuer sind verpflichtet: 1. Steuerpflichtige, deren Einkommen im Kalenderjahr 1925 den Betrag von 800 RM. übersteigt...

B. Umsatzsteuer. I. Zur Abgabe einer Umsatzsteuererklärung sind verpflichtet: 1. alle buchführenden Umsatzsteuerpflichtigen, die regelmäßige Umsätze machen...

C. Gemeinsteuer. Die nach A und B zur Abgabe einer Steuererklärung Verpflichteten haben die Steuererklärungen, wenn ihnen ein Vordruck nicht ausreicht, mit dem nötigen Nachtrag anzureichen...

D. Gemeinsteuer. Die nach A und B zur Abgabe einer Steuererklärung Verpflichteten haben die Steuererklärungen, wenn ihnen ein Vordruck nicht ausreicht, mit dem nötigen Nachtrag anzureichen...

Bekanntmachung. Durchführung der Kurzarbeiterunterstützung. (Ausführliche und aufbewahren.) Auf Grund der Anordnung des Reichsausschusses...

Bekanntmachung. Durchführung der Kurzarbeiterunterstützung. (Ausführliche und aufbewahren.) Auf Grund der Anordnung des Reichsausschusses...

Bekanntmachung. Durchführung der Kurzarbeiterunterstützung. (Ausführliche und aufbewahren.) Auf Grund der Anordnung des Reichsausschusses...

Bekanntmachung. Durchführung der Kurzarbeiterunterstützung. (Ausführliche und aufbewahren.) Auf Grund der Anordnung des Reichsausschusses...

Volkszeitung. arbeiter, kleine Blauschle (Blau 14 - Schreier) an. Bursche hier zu leben auf Anforderung von Verlobung...

Friedrich Karl Schäfer. Für alle und in so reichem Maße bewiesene Teilnahme bei der Einbürgerung meines lieben Gatten, unfrei Vater, Vaters und Großvaters...

GEIGI Zigaretten. misprächtigem Aroma dennoch billig. sind zu haben in allen Verteilungsstellen des Konsumvereins. Vorrwärts. Warenabgabe nur an Mitglieder.

PALAST THEATER ALAUNSTR. 26. Heute Freitag bis einschließlich Montag! Zwei Schlager: 1. Harry Carey der verwegene Cowboy, in Verrat...

Palast Theater. Heute Freitag bis einschließlich Montag! Zwei Schlager: 1. Harry Carey der verwegene Cowboy, in Verrat. 2. Der falsche Arzt...

Männergesangverein „Liederhalle“. Geegründet 1880. Mitglied des Deutschen Arbeiter-Sänger-Bundes. Leitung: Hochschulkapellmeister Erich Schneider...

S. B. D. A. Milbeförderung von Frachtgütern. Tarife an allen Geschäftsstellen. Für das Friedrich-August-Bad wird seit dem 15. Mai bis 15. September d. J.

1 Bademeister. gesucht, der vollständig über in der Praxis im Baden, Besuchen, die die häusliche Sauberkeit...

SCHMELZER G.M.B.H. DRESDEN-A. ZIEGELSTR. 19. Große Auswahl in Herren-, Damen- und Kinderfahrzeugen. Geschäfts-Zwei- und Dreiräder...

Total-Ausverkauf wegen Aufgabe der Konfektion u. Herrenstoffe zu unerhört niedrigen Preisen und teilweise zu Verlustpreisen...

Statt des Autobus. Sollten Sie ein „Germania“-Fahrrad benutzen. Dies ist viel angenehmer für Sie. Die schöne, frische Luft weitet Ihre Lungen...

Die unentbehrlichen Geistlichen

In der gestrigen Landtags-Sitzung wurde der Justizrat beraten. Bei der Debatte spielte insbesondere die Frage der Gefängnisgeistlichen eine große Rolle. Die Gefängnisgeistlichen sind schon seit Jahren in Sachsen abgebaut und durch Laien ersetzt, jetzt aber, im dritten Jahre der glorreichen Regierung Heide, hatte man entdeckt, daß es ohne die Herren Geistlichen in den Gefängnissen nicht mehr ginge, und hatte im Etat die notwendigen Mittel für die Anstellung von vier Gefängnisgeistlichen eingeplant, angeblich, um einem dringenden Bedürfnis der Gefangenen zu genügen. Im Namen der sozialdemokratischen Fraktion wandte sich der Genosse Wedel mit der gebotenen Energie gegen diesen Plan und sagte auch sonst über die Justiz das Notwendige. Natürlich erschien daraufhin Herr Wülfel auf dem Kampfplatz und beklagte sich bitter darüber, daß man es immer wieder wage, von Klassenjustiz zu reden. Die Klassenjustiz ist noch seiner Meinung nach eine tolle Erfindung der bösen Presse. Herr Wülfel muß die Welt mit einer sehr eigenartigen Brille sehen, wie sie eben nur ein Mann haben kann, der in der Deutschen Volkspartei oder noch weiter rechts zu Hause ist. Ist Herr Wülfel z. B. wirklich der Meinung, daß es in Ordnung ist, wenn die Wadaubröder, die den Hinkemann-Skandal vollführten haben und die seit Parteigenosse, der Kultusminister Dr. Kaiser, im Landtag in der schärfsten Weise gegeißelt wurde, wegen Verleumdung freigesprochen werden? Hält er es für richtig, daß Leute, die republikanische Staatsmänner in der schlimmsten Weise derunglimpfen und verleumden, mit lächerlichen Strafen wegkommen, bei derselben Justiz, die so scharf und schneidig zu werden versteht, wenn Proletarier vor ihren Schranken stehen? Die Anstellung von Geistlichen ist nach Herrn Wülfel geradezu ein Gebot der Toleranz. Selbstverständlich will auch die Sozialdemokratie nicht verhindern, daß die Gefangenen, die wirklich einen Bedarf nach geistlichem Trost haben, das notwendige Gotteswort zu sich nehmen können.

Niemand fällt es ein, zu fordern, daß den Geistlichen der Zutritt zu den Gefängnissen befristet wird, wenn die Gefangenen nach ihnen verlangen. Die katholische Kirche hat auch die Seelsorge der Gefangenen bisher unbeanstandet durchgeführt. Die evangelische Kirche aber hat das abgelehnt, offenbar um dadurch den Staat zu zwingen, wieder Geistliche anzustellen. Ein Verhalten, das gerade wirklich christlich gestimmte Menschen als einen ungeheuren Skandal empfinden müssen. Nur um ihren Willen dem Staat gegenüber durchzusetzen, läßt es die evangelische Kirche darauf ankommen, daß Gefangene, die wenigstens noch der Meinung der Kirche der Seelsorge besonders dringend bedürfen, des geistlichen Zuspruchs entbehren. Dabei werden doch wohl die Ketten von der evangelischen Kirche nicht etwa behaupten wollen, daß ihnen die geistliche Versorgung der Gefangenen aus Mangel an Mitteln unmöglich wäre. Geistliche alibi's wahrhaftig genug und man hat noch nie gehört, daß ein Pfarrer gestorben wäre, weil er sich in seinem Beruf überarbeitet hat. Die vorhandenen Geistlichen wären also sehr wohl in der Lage gewesen, die Versorgung der Gefangenen, soweit sie wirklich gewünscht wurde, mit zu übernehmen.

Bei der Abstimmung wurde dann der sozialdemokratische Antrag, die Mittel für die Geistlichen wieder zu streichen, abgelehnt, und zwar deswegen, weil eine große Anzahl von Abgeordneten der Fraktionsmehrheit, die man kurz vorher gesehen hatte, spurlos verschwunden war, natürlich unter Führung des Herrn Ministerpräsidenten Heide und der übrigen Minister. Die Namen dieser Abgeordneten finden unsere Leser im Bericht. Nachdem die Abstimmung über den Justizetat vollzogen war, tauchten die Genossen zum großen Teil wieder auf. Die Abgeordneten hatten sich also regelrecht von der Abstimmung gedrückt, trotzdem in der Fraktion die Ablehnung der Position beschlossen war, und auf diese Weise dafür gesorgt, daß der Herr Wülfel seine Geistlichen bekommt. Wir haben es hier mit einem unerhörten Vorgang zu tun. Gewiß, es kommt in allen Parlamenten gelegentlich vor, daß Abgeordnete, die glauben, die Haltung ihrer Fraktion mit ihrem Gewissen nicht vereinbaren zu können, an einer Abstimmung nicht teilnehmen. Aber wir können uns nicht denken, daß die Genossen auch nur ernsthaft behaupten wollen, es wäre für sie unerträglich gewesen, gegen die Einstellung der Mittel für die Geistlichen zu stimmen. Es entspricht

einem alten und unverschränkten sozialdemokratischen Grundsatz, daß der Staat Mittel für kirchliche Zwecke nicht auszuweisen soll. Es bleibt daher der sehr betrübliche Schluß, daß die Genossen der Abstimmung nur deswegen ferngeblieben sind, um bei ihren Koalitionsgenossen und insbesondere bei dem Justizminister Wülfel nicht anzuklopfen. Nach dem Dresdner Parteitag haben viele Kreise der Parteigenossen gehofft, daß es nun endlich gelingen würde, den Frieden in der sächsischen Sozialdemokratie wiederherzustellen.

Das Verhalten der Genossen, die der gestrigen Abstimmung absichtlich fernblieben, läßt leider nicht darauf schließen, daß diese Genossen den Willen haben, eine Haltung einzunehmen, die ihnen wieder das Vertrauen der Parteigenossen bringen könnte. Bei der Stellung der ungeheuren Mehrheit der Parteigenossen gegenüber der Koalition dürften sie sich unter keinen Umständen dazu hergeben, aus zarter Rücksicht auf die bürgerlichen Parteien und den Justizminister die Wiedereinstellung von Geistlichen zu erwidern, die früher eine sozialistische Regierung abgelehnt hatte, ohne daß sich in der Partei auch nur eine einzige Stimme gegen diese Maßnahme erhoben hätte. Wenn die Genossen die Absicht hätten, der Koalition eine Position nach der andern einzuräumen, dann könnten sie es wahrhaftig nicht besser machen. In weiten Kreisen der Parteigenossen wird das hier gekennzeichnete Verhalten der Genossen als Schlag ins Gesicht empfunden werden. Die Genossen brauchen sich nicht darüber zu wundern, wenn sie jeden Rest von Vertrauen bei ihren Parteigenossen verlieren. Wer es hat leider den Anschein, als wenn es manchmal von diesen Abgeordneten darauf gar nicht mehr ankommt, und daß sie zufrieden sind, wenn sie Gnade vor den Augen ihrer bürgerlichen Koalitionspartner finden.

Die Ablösungspflicht zwischen Kirche und Staat in Sachsen

Die sächsische Regierung hatte mit dem evangelisch-lutherischen Landeskonfessionsrat vereinbart, daß die Frage, ob die Befreiung der Geistlichen und die Fälligkeit der weltlichen Konfessionsstellen ablösungspflichtige Staatsleistungen im Sinne von Artikel 138 Absatz 1 der Reichsverfassung seien, dem Reichsgericht als Schiedsgericht unterbreitet werden sollte. Das Reichsgericht hat jetzt einen Schiedsspruch gefällt. Er lautet u. a.:

1. Der Freistaat Sachsen ist verpflichtet, der evangelisch-lutherischen Landeskirche des Freistaates Sachsen Zuschüsse zur Befreiung der Geistlichen aus dem Staatshaushalt auszusprechen, als eine den Verhältnissen entsprechende Befreiung in der einzelnen Kirchengemeinde nicht aus der Pflönde oder sonstigen Stiftungsmitteln befristet und von der einzelnen Gemeinde, insbesondere auch durch Kirchensteuern, nicht aufgebracht werden kann;

2. Der Freistaat Sachsen ist verpflichtet, bei Auflösung der Kircheninspektionen die bisherigen Leistungen der Amtsauptleute als weltliche Konfessionsstellen abzulösen. Die Ablösung hat nach dem Umfang der von den Amtsauptleuten besetzten Inspektionsstellen zu erfolgen. Der Freistaat Sachsen ist dagegen nicht verpflichtet, bei Auflösung der Kircheninspektionen die bisherigen Leistungen der Stadträte als weltliche Konfessionsstellen abzulösen.

Die Entscheidung stützt sich auf Artikel 138 Abs. 1 der Reichsverfassung, wonach die auf Gesetz, Vertrag oder besonderen Rechtstiteln beruhenden Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften durch die Landesgesetzgebung abgelöst werden. Die Anwendung dieser verfassungsmäßigen Bestimmungen auf die Befreiung der Geistlichen im Sinne des Reichsgerichts gefällten Schiedsspruches widerspricht dem Geist der Reichsverfassung. Nach dem Schiedsspruch soll der Freistaat Sachsen verpflichtet sein, Geistliche aus dem Staatshaushalt zu bezahlen. Demnach handelt es sich nicht um eine Befreiung einer früheren Staatsleistung, sondern um eine auf unbestimmte Zeit festgesetzte finanzielle Unterstützung der Kirche durch den Staat. Das ist verfassungswidrig, denn nach der Reichsverfassung besteht keine Staatskirche, insoweit auch nicht mehr die staatliche Befreiung der Kirche Geistliche zu bezahlen, deren Pflichten zu einem „Staatseigentum“ werden nicht ausreichen. Der Freistaat ist aber verpflichtet, zu welchem Zeitpunkt die staatliche Befreiungspflicht einzutreten hat, und nach welchen Richtlinien soll dieses geschehen?

Der Schiedsspruch des Reichsgerichts ist ein Kauf für jener Justizrat, die im Paragraphenverweil hängend von dem neuen Geist der Zeit seit einem Jahr verführt und die sich dem Allen, längst überlebten immer noch nicht entziehen kann.

Sachsen

Die Steuerhosen der Befreienden

Vertragung des sozialdemokratischen Antrags auf Steuererhöhung. Auf der Tagesordnung der gestrigen Sitzung des Reichsausschusses stand als erster Punkt die Beratung des Gesetzes zur Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer, die von der sozialdemokratischen Fraktion beantragt worden war, um den Defizit auszugleichen, den je zehn Millionen Mark für Reichsanleihen und für die durch die Wirtschaftskrise in den Gemeinden zu fließen.

Der Reichsausschuss, Genosse Arzt, erläuterte den Antrag in seinen einzelnen Paragraphen und legte dem Ausschuss die Zusammenfassung des Gesetzes vor. Der Reichsausschuss, der sozialdemokratische Abgeordnete Köllig, glaubte, dem Genossen Arzt entgegenzusetzen zu müssen, daß er die Fälligkeit der Grund- und Gewerbesteuer nicht genügend berücksichtigt habe, daß eine Erhöhung der Steuer um 80 Prozent eine glatte Besteuerung der Gemeinden und Herabsetzung der Preise bedeuten würde. Zwei Hauptpunkte, die man spielend überlegen konnte, namentlich im Hinblick darauf, daß der Abbau der Steuern, man denke nur an die Umföhrung, in keiner Weise den Rückgang der Preise im Gefolge hatte.

Finanzminister Dr. Lehmann wies zunächst auf formale Bedenken hin, die er darin erblickte, daß die Vorauszahlung für die Grund- und Gewerbesteuer bis zum 31. März befristet ist und daß demzufolge der Antrag dem Staate kein Geld bringen würde. Er mußte zwar lobend hervorheben, daß sich eine Partei bemühe, für notwendig erachtete Ausgaben auch gleich die Deckung mit zu beantragen, er sei aber der Meinung, daß man den Gesetzesantrag nicht eher verabschieden könne, als bis das Schicksal des Antrages, betreffend Reichsanleihen und Unterstützung der in Not geratenen, entschieden sei.

Die bürgerlichen Parteien waren natürlich sehr geneigt, dieser Vertagungsstunde ihre Zustimmung zu geben. Auch die Kommunisten bemerkten, daß sie gegen den Antrag „gewisse Bedenken“ hätten. Sie wollten dieser Regierung keine 20 Millionen Mark bewilligen, wenn sie nicht Klarheit über die Verwendung der Summe hätten. Diesen Gedanken greift der sozialdemokratische Reichsausschuss sofort auf und sagt, daß es dann das einzig Vernünftige wäre, wenn man der Vertagung zustimme und nicht eher über das Gesetz beschlicke, als bis im Reichsausschuss der Antrag über die auszuverleihenden 20 Millionen Mark entschieden ist. Die Freunde der bürgerlichen Parteien über die Ausführungen des kommunistischen Redners machte diese doch einigermaßen kühn und sie versuchten, den ursprünglichen Eindruck der Rede ihres Sprechers zu verwischen.

Eine sehr lebhaft entwickelte Auseinandersetzung entstand hinsichtlich der Beschäftigungsfrage. Der Herr Reichsausschuss wollte die Sitzung um 11 Uhr beenden und erklärte auch kategorisch, daß er über einen Antrag, den Genosse Arzt gestellt hatte, nämlich die Fortsetzung der Beratung bereits am Freitag vorzunehmen, nicht abstimmen lasse, daß er sich vielmehr diesem Antrag widersetzen werde. Man solle ja nicht denken, daß die Vorlage schnell ihre Verabschiedung finden würde, denn es würde unter allen Umständen schriftliche Vertagungsbestimmungen beantragt werden. Alle Hinweise auf das Vorgehen der bürgerlichen Parteien bei der Verabschiedung der Gemeindefinanzen, wo sie der Minderheit brüsk verweigert hätten, blieben erfolglos. Genosse Lehmann erklärte sich gegen eine weitere Behandlung der Materie am Freitag, da er „höchstens verhindert“ sei.

In der folgenden Abstimmung wurde dann die Fortsetzung der Beratung für Freitag mit den Stimmen der bürgerlichen und der Genossen nicht abgelehnt. Die übrigen Punkte der Tagesordnung wurden gleichfalls abgelehnt und die nächste Sitzung auf Mittwoch anberaumt.

Dadurch ist es auch nicht möglich gewesen, eine Stellungnahme des Ausschusses über den außerordentlich wichtigen und die Gemeindefinanzen tief berührenden Antrag über die Vereinfachung von 80 Millionen Mark zum Wohnungsbau herbeizuführen. Man gewann aus der Ausdehnung vielmehr den Eindruck, als ob in geschickter Weise alles auf eine Hintertreibung der sozialdemokratischen Anträge angelegt wäre. Auf jeden Fall werden unsere Genossen dafür zu sorgen haben, daß möglichst umgehend die Situation geklärt wird.

Die Klagen gegen den sächsischen Justizrat. Vor dem zweiten Abteil des Oberlandesgerichts Dresden wurde über die Berufung des Hauptstaatsanwalts der sächsischen Staatsanwaltschaft, Genosse Jalle, gegen den sächsischen Justizrat wegen unzulässiger Entlassung verhandelt. Die Verhandlung wurde nach kurzer Dauer vertagt.

Reuebekämpfung des Hauptstaatsanwalts. Voraussichtlich Mitte April wird eine Fluglinie Hamburg-Dresden mit Fortleitung nach Leipzig-Dresden und nach Gera-Plauen i. R. eröffnet werden.

Wegen Verdachtes der Kindesentführung. Voraussichtlich Mitte April wird eine Fluglinie Hamburg-Dresden mit Fortleitung nach Leipzig-Dresden und nach Gera-Plauen i. R. eröffnet werden.

Wegen Verdachtes der Kindesentführung. Voraussichtlich Mitte April wird eine Fluglinie Hamburg-Dresden mit Fortleitung nach Leipzig-Dresden und nach Gera-Plauen i. R. eröffnet werden.

Wegen Verdachtes der Kindesentführung. Voraussichtlich Mitte April wird eine Fluglinie Hamburg-Dresden mit Fortleitung nach Leipzig-Dresden und nach Gera-Plauen i. R. eröffnet werden.

Wegen Verdachtes der Kindesentführung. Voraussichtlich Mitte April wird eine Fluglinie Hamburg-Dresden mit Fortleitung nach Leipzig-Dresden und nach Gera-Plauen i. R. eröffnet werden.

Wegen Verdachtes der Kindesentführung. Voraussichtlich Mitte April wird eine Fluglinie Hamburg-Dresden mit Fortleitung nach Leipzig-Dresden und nach Gera-Plauen i. R. eröffnet werden.

Die grinsende Frage

Roman von Victor Hugo

Aus dem Französischen überföhrt von Eva Schumann

Zweites Buch

Gwynplaine und Dea

Die Natur hatte Gwynplaine mit ihren Wohlthaten freigebig gesegnet. Sie hatte ihm einen Mund gegeben, der sich bis zu den Ohren aufstak, Ohren, die sich über die Augen legten, eine unförmige Nase, ein wahrer Lanzplatz für die Spitze eines Grimsenknivers, und ein Gesicht, das niemand ansehen konnte, ohne zu lachen.

Wir haben eben gesagt: Die Natur hatte Gwynplaine mit ihren Gaben überschüttet. Aber war es wirklich die Natur gewesen?

Hatte man ihr nicht nachgeholfen?

Zwei Augen, die nur geduldet schienen, eine Spalte als Mund, ein stumpfer Körper mit zwei Löchern darin als Nase, ein plattgezeichnetes Gesicht, und als Ergebnis des Ganzen ein Lachen — nein, ein solches Meisterwerk kann die Natur nicht ganz allein erzeugen.

Über in Lachen gleichbedeutend mit Traurigkeit?

Wenn man diesem Käufer gegenüberstand — denn er war ein Käufer — und wartete, bis sich der erste Eindruck von Lustigkeit vermischt hatte, wenn man diesen Reaktionen aufmerksam beobachtete, dann entdeckte man an ihm Spuren der Kunstfertigkeit. Ein solches Gesicht mußte nicht natürlich, sondern absichtlich, Vollkommenheit bis zu diesem Grade kennt die Natur nicht. Der Mensch vermag nichts, um sich schön, oder alles, um sich häßlich zu machen. Auf einem Hottentottenprofil macht ihr niemals das Profil eines Kammers, aber aus einer griechischen Nase könnt ihr eine Kolossalnase machen; es genügt, die Nasenwurzel zurückzuziehen und die Nasenlöcher auszuweiten. Das mittelalterliche Solen hat nicht umsonst das Verbum denasare geendet. War Gwynplaine als Kind so großer Nummerföhrer wert gewesen, daß man sich die Mühe genommen hatte, sein Gesicht zu verunstalten? Warum nicht? Vielleicht war es nur zu dem Zweck geschehen, um ihn häßlich für Geld zu verkaufen.

zu lassen. Allem Ansehen nach hatten berufsmäßige Künstler dieses Gesicht bearbeitet. Eine geheimnisvolle, wahrscheinlich geheime Wissenschaft, die sich zur Chirurgie verhält wie die Alchemie zur Chemie, hatte mit sicherem Schnitt im zartesten Alter des Kindes dieses Fleisch modelliert und in wohlüberlegter Abicht dieses Gesicht geschaffen. Diese Wissenschaft hatte den Mund bis zu den Ohren gespalten, Einschnitte in die Lippen gemacht, das Kinnfleisch bloßgelegt, die Ohren umgedreht, die Anorpel entfernt, die Augenbrauen und die Wangen verflöcht, den Jochbeinmuskeln gelockert, die Nerven und Nerven verflöcht und Haut über die verletzten Stellen gezogen, immer darauf bedacht, den kaffenden Mund und das grinsende Gesicht zu erhalten. Mächtige, tiefgründige Bildhauerhand hatte die Maske Gwynplaine erzeugt.

So wird kein Mensch geboren.

Wie dem auch sein möchte, Gwynplaine war glänzend gelungen.

Gwynplaine war Künstler; er ließ sich für Geld sehen und übte eine unergiebliche Wirkung aus. Traurigkeit heilte er schon, indem er sich nur zeigte. Leute in Tränen mußten ihn meiden, denn wenn sie ihn sahen, gerieten sie in Verwirrung und konnten nicht anders, sie mußten unzulässig lachen. Eines Tages kam der Hütel, und Gwynplaine brachte ihn zum Lachen. Der Gwynplaine leb, mußte sich die Seiten halten; wenn er sprach, wälzte man sich vor Lachen am Boden. Er war der Gegenpol jedes Trümmers.

Wußte er sich auf Messen und Jahrmärkten sehr schnell einen höchst befröhdigenden Ruf als lächelnder Herr erworben.

Durch sein Lachen brachte Gwynplaine andre zum Lachen. Und doch lachte er nicht. Sein Gesicht lachte, seine Ohren nicht. Es lachte nur dieses unergiebige Antlitz, das der Zufall oder ein absichtliches Werk der Natur ihm verlehnt hatte. Gwynplaine hatte mit diesem Lachen nichts zu tun, das Äußere hing nicht von ihm ab. Dieses Lachen, das nicht er selbst auf Stirn und Wangen und Mund sich gelegte, konnte er auch nicht wegbringen. Für immer war ihm dieses Lachen aufs Gesicht gewürgt. Es war um so unwillkührlicher, weil es erstarrt war. Niemand entzog sich der Wirkung dieses grinsenden Mundes. Infolge der geheimnis-

vollen Operation, die Gwynplaine als Kind wahrscheinlich durchgemacht hatte, trugen alle Teile seines Gesichtes dazu bei, des Grinsen zu erhöhen; jede Erregung in ihm steigerte dieses seltsame Lachen des Antlitzes, besser gesagt, verschörte es. Traurigkeit, Schmerz, Jörn, Mitleid hätten nur die Weiterkeit seiner Muskeln erhöhen können; hätte er geweint — ihm wäre es zum Lachen geworden; und was Gwynplaine auch tat, was er wollte, was er dachte — wenn er den Kopf hob und die Menge diese Erkeimung vor Augen hatte, so brach schallendes Gelächter los.

Man stelle sich eine lachende Medusa vor. Alles, was einen betragte, wurde durch dieses Unheimliche in die Flucht geschlagen — man mußte lachen.

Die Alten hängten am Stiel der griechischen Theater ein heiteres Gesicht aus Erz auf. Dieses Gesicht hieß „die Komödie“. Die Bronze schien zu lachen und machte lachen und war nachdenklich zugleich. Parodie, die beim Wahnwimmeln und verquälten sich auf diesem Gesicht, alle Sorgen, alle Aufregungen, aller Ekel und alles Leid verschmolzen auf diesem süßlosen Antlitz und das unheimliche Ergebnis war Heiterkeit. Die tote bühnerische Maske der antiken Komödie war ein lebendiger Mensch verpflanzt — das war Gwynplaine. Diesen häßlichen Kopf der unverföhlichen Heiterkeit trug er auf seinem Hals. Welch fürchterliche Last für die Schultern eines Menschen — das ewige Lachen!

Einiges Lachen. Verständigen wir uns und erklären wir die Sache. Wenn man den Mithrasen Glauben schenkt, so gibt auch das Absolutie in gewissen Augenblicken noch und selbst Gott erleidet Unterdrückungen. Verständigen wir uns auch über den Willen. Daß der Wille je gänzlich ohnmächtig sein könne, geben wir nicht zu. Jedes Wesen gleicht einem Brief, den die Rechtschrift mildert. Für Gwynplaine bestand die Rechtschrift darin: durch Willenskraft, durch äußerliche Anspannung seines ganzen Denkens und unter der Bedingung, daß keine Erregung ihm obzog und seine Anspannung zu nichts machte, gelang es ihm, das ewige Grinsen von seinem Gesicht zu scheiden und eine Art trostlichen Schiefers darüber hinzubringen; und wer ihn dann sah, der lachte nicht mehr, der erschrockerte.

Postcheck-Nr. 17613 Dresden

Gewerkschaftsbewegung

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands

Für den 26. Februar hatte die Ortsverwaltung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, Zentrale Dresden, eine außerordentliche Mitgliederversammlung im Anschluss an die im Januar 1926 stattgefundene Jahresgeneralversammlung im großen Saal des Dresdner Volkshauses mit folgender Tagesordnung einberufen: 1. Furchenabfindung, 2. Festschreiben, 3. Referent: Genossin Toni Sender, R.D.M. 2. Anderweitige Regelung der Beiträge für das Jahrestätigkeits- u. Verbandsangelegenheiten.

Der außerordentlich gute Besuch dieser Versammlung bewies, wieviel großes Interesse vor allem die organisierte Industriearbeiterschaft dem durch die Verfassung gewährleisteten Recht der Arbeitssportler entgegenbringt. Der zum Vorsitzenden bestellte Kollege Jakob erzielte nach einleitenden Worten der Genossin Sender das Wort. Unter gespannter Aufmerksamkeit der Versammlung referierte Genossin Sender über die Stellungnahme unserer und anderer Parteien zu dieser Frage. In der ihr eigenen temperamentvollen Weise schilderte sie den Werdegang der in der letzten Zeit gestellten unerschämten Forderungen der Fabrikanten. Das im Haushaltsausschuss vorgelegte Regierungsprogramm predigte Sparsamkeit bis zur Selbstentäußerung in allen Teilen des Staats und der Wirtschaft. Millionen Erwerbslose müssen nach dieser Einstellung mit ungenügender Unterstützung weiter existieren, da nach Angaben der Regierung die Mittel zu einer besseren Unterstützung nicht vorhanden seien.

Unsere Mitglieder im Haushaltsausschuss haben das Gegenrecht nachgewiesen mit dem Hinweis, daß das Volk 70 Proz. an Steuerentlastung aufbringt, während nur 30 Proz. an Beihilfen ausbezahlt werden, das Regierungsprogramm aber nicht den verordneten Trägern der Lebensversicherung bringen will, sondern Ermöglicht immer und immer wieder nur für die Bescheidenen befristet.

An der Frage der Abfindung der Furchen nimmt man in den bürgerlichen Parteien eine entgegenstehende Stellung ein. Für die gegen die Furchen geübte Nachsicht erhält jetzt das deutsche Volk die Antwort durch ihre unerschämten Forderungen. Gefordert werden Leistungen durch die deutsche Gewerkschaft, die durch die bis jetzt erlangenen Urteile sich in dieser Frage um den letzten Rest des Vertrauens des schaffenden Volkes gebracht hat. Das deutsche Volk muß es daher ablehnen, in dieser Frage fernerhin durch die Gerichte entscheiden zu lassen. Weiter bekundete die Referentin den Erwerb der von den dänischen, englischen und französischen Gewerkschaften und ihre Besondere während der bittersten Notzeit des Volkes. Wenn die Furchen heute auf ihr Recht als Staatsbürgerinnen setzen, soll ihnen der Recht werden, aber in gleicher Weise wie jedem anderen Staatsbürger. Die Tausende der vollständig verarmten Arbeiter, Kleinrentner und Anleihebesitzer sollen die Grundbesitzer und für die Entlohnung der Furchen bilden. Vor allem soll ihnen aber das gleiche Recht auf öffentliche Arbeit wie jedem anderen Staatsbürger zugestanden werden. Wenn heute aus dem deutschen Volke fast 3 Milliarden an Entschädigung und fast eine Billion an Rente herausgegriffen werden sollen, kann es nur eine Antwort geben, einschneidende Entschädigung.

Die politischen Folgen der Erfüllung dieser Forderungen der Furchen werden unabweisbar sein, aber glaubt man etwa, daß eine Entschädigung der Reparationslasten zugunsten der Furchen, wenn Millionen für die Träger des monatlichen Gehalts herausgeworfen würden? Mit dem Appell an die Versammlung, durch Eingebung in die Listen des Volksbegehrens und Volksentscheidungen diesen dreifachen Vorstoß der abgedankten Furchen abzuwehren, schließt die Referentin unter dem lebhaften Beifall der Versammlung.

Kollege Jakob trat an, da die Einmütigkeit aller Arbeitssportler in jeder Frage besteht und eine Diskussion die Wirkung des Referats nur schwächen würde, von derselben abzusehen. Die Versammlung gibt dem einstimmig statt.

Zu Punkt 2 berichtete Kollege Grafe: Die außerordentlich großen Anforderungen, die in den letzten Monaten finanziell an die Gewerkschaften in bezug auf Streik- und Erwerbslosenunterstützung gestellt wurden, müssen jede verantwortliche Verwaltung vor die Aufgabe der Bilanzierung des Staats stellen. Gesamtschuldverhältnisse der einzelnen Zahlstellen sind gesungen, die Leistungsfähigkeit der den enorm gestiegenen Anforderungen zu erhöhen oder zu erhalten. Sind doch gerade in unserm Verband im letzten Geschäftsjahre Summen zur Unterstützung der Streikenden und Erwerbslosen verwendet worden, die alles Bisherige übersteigen. Die Erwerbslosen und furlarbeitenden Mitglieder unserer Organisation betragen fast 40 Proz. der Gesamtmitgliedschaft, sind doch im Geschäftsjahr 1925 circa 2 Millionen für Streikunterstützung, davon allein im letzten Quartal 1.000.000 M., ausgegeben worden. Die Erwerbslosenunterstützung weist die gleiche Summe auf mit fast 1.000.000 M. im 4. Quartal, so daß fast in einem Jahre 4 1/2 Mill. M. an Unterstützung ausgegeben wurden, trotzdem wir uns von den Folgen der Inflation noch längst nicht vollständig erholt haben. Nach ist nicht abzusehen, ob die Arbeitslosigkeit in der nächsten Zeit eine Abnahme erfahren wird, so daß weitere

ist das Konto, auf das man freiwillige Beiträge für den energischen Abwehrkampf gegen die Habgucht der Fürsten einzahlt.

Sozialdemokrat. Partei Gr.-Dresden
J. A.: Willy Sudil.

große Mittel erforderlich sind, um die Kermitteln der Armen in dieser Notzeit über Wasser zu halten. Es ist Pflicht jedes gewerkschaftlich organisierten Kollegen, in dieser Zeit Solidarität zu üben und die nötigen Mittel trotz eigener Kollage bereitzustellen. Die Ortsverwaltung hat deshalb beschlossen, ab 16. Beitragswoche eine Erhöhung der Beiträge für männliche Mitglieder auf 1,20 M., für weibliche Mitglieder auf 0,80 M. vorzunehmen. Ausnahmen in besonderen Fällen sind auf Antrag zulässig. Der Referent empfiehlt einstimmige Annahme dieses Beschlusses der Ortsverwaltung.

Kollege Jakob bestätigte als Mitglied der Ortsverwaltung, daß dieselbe nach zeitlicher Prüfung einstimmig diesen Beschluß gefaßt habe, und empfiehlt gleichfalls Annahme. Die Kollegen Gaja, Bleich und Hartmann haben Bedenken dahingehend, daß die jetzige Zeit zur Erhöhung geeignet sei, daß wohl jeder denkende Gewerkschafter die Notwendigkeit der Erhöhung der Beiträge einsehen müsse, aber in den Betrieben leider oftmals eine andere Auffassung anzutreffen sei. Von einem Teil der Versammlung wird eine freiwillige Leistung des erhöhten Beitrages empfohlen. Die Versammlung beschließt hierauf mit großer Majorität, dem Antrag der Ortsverwaltung auf Erhöhung der Beiträge zuzustimmen.

Kollege Grafe gab hierauf noch einen kurzen Bericht über die in letzter Zeit außerordentlich in die Erscheinung getretenen Vorkämpfe in der chemischen Industrie in bezug auf Besetzung der Röhre der Betriebsräte und weist an Hand der gefällten Urteile nach, daß erfreulicherweise die Arbeitsschlichte eine andere Auffassung als ein Teil unserer Arbeitgeber vertreten.

Betriebsstillelegungsanzeigen

Im Februar 1926 ist die Zahl der beim sächsischen Arbeits- und Wohlfahrtsministerium eingereichten Anzeigen über beabsichtigte Betriebsstillelegungen weiter zurückgegangen. Während der Januar noch 35 solcher Anzeigen aufwies, sind im Februar 24 zu verzeichnen gewesen. Die höchste Zahl, nämlich 75, entfiel wieder auf die Industrie der Maschinen und Apparate einseh. des Bohr- und Bergbau; in weitem Abstände folgen dann die Zigaretten- und Stickerie mit 18, die Papierverarbeitung mit 16 und die Baumwollindustrie mit 15 Anzeigen.

Stillelegung der Jute Spinnerie in Baugen

Aus Baugen wird gemeldet, daß die Direktion der Vereinigten Jutespinnereien und Webereien, A.-G., Zweigstelle Baugen, auf Veranlassung der Hamburger Generaldirektion die Stillelegung ihres gesamten hiesigen Betriebes beim sächsischen Arbeitsministerium angemeldet hat. Als Grund wird das völlige Ausbleiben von Aufträgen angegeben. Die Vereinigte Jutespinnerei war bisher durchschnittlich mit 90 Prozent Auslastung beschäftigt. Durch die beabsichtigte Maßnahme würden 950 Arbeiter, 800 männliche und 150 weibliche, erwerbslos werden.

Die hiesigen Jutespinnereien umfassen in Deutschland 13 Betriebe, von denen die Niederlassungen in Oepeln und Baugen stillgelegt werden sollen.

Die Knappschafspension

SPD. Im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages wurde am Mittwoch beschlossen, die Pension auch den in der Knappschafspension Verbleibenden ausbezahlt werden zu lassen, die keine oder nicht während 180 Beitragsmonaten wesentliche bergmännische Arbeiten verrichtet haben. Allerdings erhöht sich bei diesen Verbleibenden die Altersgrenze von 60 auf 65 Jahre. Diesem Ausbau der Versicherung steht eine Begrünzung gegenüber dem bisherigen Zustand insoweit entgegen, als der Alterspensionär, der die Vergütung nicht aufgibt, nur 75 Prozent der ihm zustehenden Pension erhalten kann. Die Witwenpension soll 60 Prozent, das Waisenkind 30 Prozent der verdienten Invalidenpension betragen. Die Befähigungsbeihilfe wurde auf den Mindestsatz des dreifachen Monatspensionsbetrages festgesetzt. Mit diesen Beschlüssen ist der realistische Ansturm gegen die Alterspension in der Knappschafspension abgewehrt worden.

Der Bauarbeiterchuh

Am letzten Sonntag fand in Stuttgart eine Bauarbeiterchuh-Konferenz für Bayern, Württemberg, Baden und die Pfalz statt. Vorsitzender war der DGB. In der Tagung war, durch Besprechungen und Austausch von Erfahrungen eine einheitliche und nupbringende Aufgabenerhebung und Baukontrollen herbeizuführen sowie eine enge Fühlungnahme mit den im Bauarbeiterchuh tätigen Vertretern der baugewerb-

lichen Verbände und sonstigen interessierten Personen zu erreichen, um in geschlossener Front die Bekämpfung der Berufslosigkeit im Baugewerbe durchzuführen. Vertreten war n. 186 Delegierte von den Verbänden und Kontrollorganisationen. Vom Bundesverband war Sachs als Referent anwesend. Die starke Zunahme der Arbeitslosigkeit gerade in den Nachkriegsjahren wurde auf die Läden im Bauarbeiterchuh zurückgeführt. Die Konferenz hielt beschließend die vermehrte behördliche Hebermahlung der Bauarbeiter für die Innehaltung der geltenden Satzbestimmungen, eine Vermehrung und Erweiterung der Befugnisse der Kontrollen sowie die Herausgabe eines Anleitungsbandes für Kontrollen für erforderlich. Weiter forderte die Konferenz die Landesregierungen auf, an allen technischen und Berufsschulen sowie bei den verschiedenen Prüfungen den Bauarbeiterchuh als besonderes Pflichtfach einzuführen.

Direktoren und Aufsichtsräte

Im Handbuch der Direktoren und Aufsichtsräte (1925) sind 3000 Seiten mit Namen ausgefüllt. 1913 hatte das Buch bei gleichem Druck und gleicher Raumverteilung nur 1700 Seiten. Nun sage noch einer, daß wir nicht an Heberflut litt!

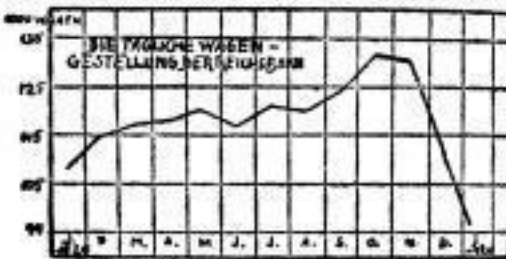
Der öffentl. Arbeitsnachweis Dresden veröffentlicht in der vorliegenden Nummer eine amtliche Befragung über die Kräfte der Kurzarbeiterunterstützung. Alle Arbeitgeber und Arbeitnehmer werden besonders darauf hingewiesen, daß es sich um die Befragung sofort aufzuschneiden und aufzubehalten.

Wieder eine Feste festgelegt. Der Demobilisationskommissar hat bei der am Mittwoch im Verwaltungsbüro der Gruppenverwaltung stattgefundenen Stilllegungsverhandlung für die Schichtanlage Hannover 2 der Krupp-L. keine Einwendungen gegen die Stilllegung der Schichtanlage erhoben. Demgemäß wird die Stilllegung am 20. März erfolgen. Es werden über 1000 Arbeiter betroffen. — Nun können die tausend Arbeiter sehen, wie sie ihre Familien unterstützen können.

Freie Gewerkschaftsjugend Groß-Dresden

Für die freie Gewerkschaftsjugend findet Sonntag den 7. März vorm. 11 Uhr, im Volkswohl-Vollspieltheater, Otto-Allee, ein Erntedankfest statt. Als Beiprogramm läuft der Film „Der Silberer“. Diese Aufführungen sind außerordentlich interessant. Erwarten stärkste Beteiligung. Karten im Vorverkauf zu 40 Pf. im Jugendsekretariat, Nigenbergstraße 4, I., Zimmer 2, zu haben.

Die Wagengestellung der Reichsbahn



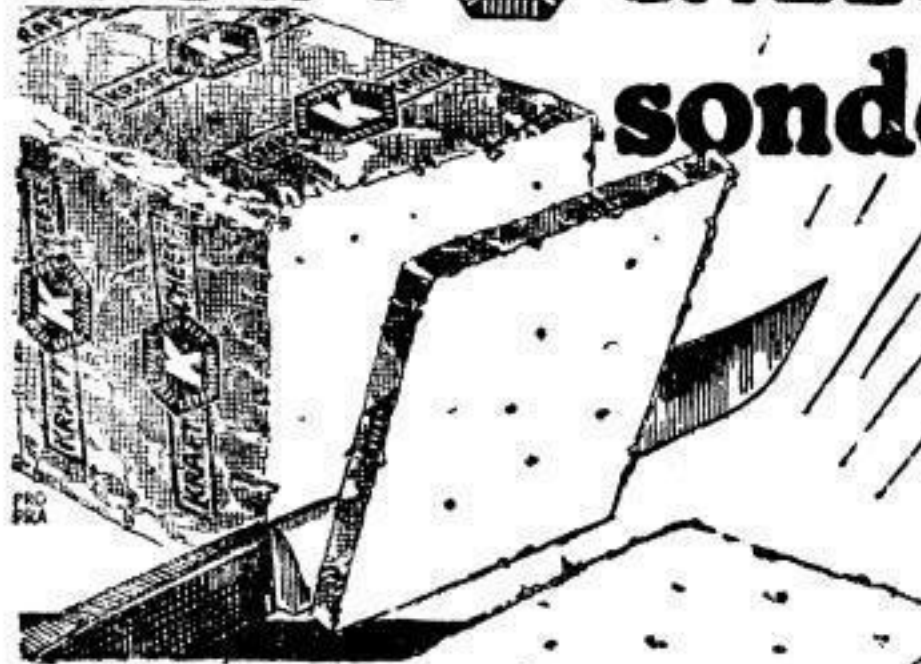
Die Ziffern über die tägliche Wagengestellung der Reichsbahn sind ein sehr wichtiges Mittel der Konjunkturbeobachtung. Die Kurve läuft fast parallel mit der des gesamten inneren und äußeren Handels. Im Monatsdurchschnitt betrug die Wagengestellung im Januar 1925 108.000, im Dezember 111.000 und im ersten Drittel des Januar 1926 97.000.

Briefkasten

Volksbegehren im Krankenhause. In den Krankenhäusern liegen Väter zum Volksbegehren über die Hüttenabgaben aus, in denen sich die Kranken einzeln äußern können.
D. P. 1000 Mark waren am 1. April 1919 gleich 975,18 M.
D. J. 3000 M. am 1. Juli 1919 gleich 914,97 M.
D. J. Wenn das Einkommen nur aus Wiltzrenten besteht, ist keine Vermögenssteuer zu entrichten.
D. M., Briedau. Der Vermieter hat kein Recht, dem Mieter die Aufnahme eines Hundes zu verbieten.
D. H. 99. 3000 M. waren am 1. April 1919 gleich 1119,95 M.
D. H. 102. Die Aufwertung hat mit 25 Proz. des Gehaltsbetrages zu erfolgen. Am 4. Oktober 1920 waren 10.000 M. 687 M. Hiervon 25 Proz. ist 1717,5 M. Dieser Betrag ist, wenn die Eintragung nach dem 1. Januar 1926 erfolgt, vom 1. April 1926 mit 3 Proz. zu verzinsen.
H. A., Radeberg. In einer gerichtlichen Anklage gegen mich nicht raten. Der Wiltzrent für Dresden beträgt seit geraumer Zeit monatlich 30 M. und wird für Radeberg ebenfalls 25 M. betragen. Eine Herabsetzung kann auf Grund des 3. der Wiltzrentverordnung jederzeit bei Herabsetzung der wirtschaftlichen Verhältnisse von den Parteien verlangt werden. Bei einer Abplattung muß Ihnen soviel gelassen werden, als Sie zum a. b. r. f. t. g. n. Unterhalt für sich und Ihre Familie benötigen.

Wählt freigewerkschaftliche Betriebsräte

KRAFT CHEESE ist nicht nur gut sondern auch gut für Sie



Mögen Sie ihn seines vorzüglichen Aromas wegen genießen oder ihn essen, um sich gut und reichlich zu nähren: Kraft-Cheese ist vollkommen ausgereift und ist auch vollfett, das macht ihn so vollwertig. Die Herstellung des Kraft-Cheese beruht auf genau festgesetzten Rezepten, die in der Käseerei streng überwacht werden. Dadurch ist Garantie gewährleistet, daß Aroma und alle guten Eigenschaften ständig dieselben sind.

Sie werden Kraft-Cheese niemals in verschödenen, sondern immer nur in der einen guten Qualität finden, die ihm seinen Ruf geschaffen — und er ist wertlos. Also kein Abfall, voller Gegenwert für gutes Geld. Bei jedem Lebensmittelhändler erhältlich, offen im Anschnitt, nach Gewicht — wie Sie wünschen oder dürfen.

General-Vertreter: ATKINSON-HOWELL MERCHANDISING CO. a. b. H. HAMBURG 14

Bunte Tageschronik

Eine Tibet-Expedition niedergemetzelt

Die englische Tibet-Expedition, die mehrere von der tibetischen Regierung angekaufte elektrische Maschinen nach Lhasa bringen sollte, ist, wie aus London gemeldet wird, von Tibetern angegriffen und bis auf den letzten Mann niedergemetzelt worden. Die in Bergen des Himalaya verweilende Karawane bestand aus Tibetern, die mit einer in England hergestellten Elektrizitätsgenerationsmaschine nach Lhasa unterwegs war. Es war die erste Maschine dieser Art, die eigens für die „verbotene Stadt“ gebaut worden ist. Eine der Bedingungen des Kontraktes bestand darin, daß sie kein Engländer in die Stadt bringen dürfe. Um diesen Wunsch zu erfüllen, hatte die Lieferfirma, Grompton u. Co., einen jungen Tibetaner angeheiratet, einen Verwandten des Dalailama, der mit der Maschine England vor etwa acht Monaten verließ. Als die Karawane einen Vertrag 1200 Fuß über dem Meeresspiegel kurz vor Lhasa passierte, wurde sie ermordet, die Maschinen wurden zerstört und eine tiefe Abhang hinabgeschleudert. Es ist dies das erste Mal, daß die Tibeter ihre eigenen Landsleute aus religiösem Aberglauben ermordet haben.

Der andauernde Bürgerkrieg in China bedroht das Land in zunehmender Weise. Die bergwiesige Landschaft sieht in die Ferne und erhebt sich durch Felsen. Wohl gibt es einige Anzeichen, aber keine wesentliche soziale Fortschritt. So sind die Straßen in Peking im Winter von Tausenden halbnackter Kinder erfüllt, die die vorbeifahrenden Autos verfolgen, um Almosen zu erbitten. Nach jeder kalten Nacht werden einige erkrankte Kinder in den Straßen gefunden. Die hungernden Bettler sind die halbtoten Straßenhunde, die in Peking so zahlreich sind wie einst in Romantikmalen, essen sie Fleisch und verkaufen das Fell. Aber auch viele reiche Leute, besonders die verworrenen Aristokraten, haben den Winter hart erlebt. Sie zittern die Tiere mit verärgerten Mienen, folgen ihnen dann, bis sie sterben, und verkaufen das noch warme Fleisch. Es mag auch sein, daß unter den Hundebesitzern Diebe sind, die die Hunde töten, um sie anzufressen in die Häuser einschleichen zu können. Die Peking-Bürger mühen sich daher alle Anstrengungen, um die Hundebesitzer einzuschüchtern und namentlich ihre eigenen Hunde zu retten.

Vor dem hiesigen Gerichtshof hat Donnerstag vormittag der Bäckerei gegen die Frankfurter begonnen, die in Holland bei dem Einweichen von falschen Tausendfranknoten festgestellt worden sind und die ganze Skandalaffäre ins Rollen gebracht haben. Die drei Angeklagten, Albert Janzonius, Karlowitz und Rodolfo beschränkten sich auf eine recht kurze und trockene Verteidigung. Sie äußerten sich mit keinem Wort über die Methode der Tat.

Ein furchtbarer Sturm wütete in der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag im ganzen Reich, vor allem in der Nordsee. In der Nordsee und in Berlin. In der Reichshauptstadt wurde eine ganze Anzahl Bäume entwurzelt, zahlreiche Scheiterhaufen und Personen durch herabstürzende Dachziegel verletzt. In Danzig wurde Windstärke 7, in Berlin Windstärke 6 gemessen. Die Meldungen aus London betonen, daß das Unwetter auch in England großen Schaden angerichtet. In London wütete ein furchtbarer Hagelsturm; der Hagel lag zentimeterhoch auf den Ankerhäusern. In Birmingham und andern Städten Mittelenglands wurden Dächer und Schornsteine herabgerissen.

Ein frecher Raubüberfall hat sich in der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag in der Rennstraße in Berlin ereignet. Ein holländischer Mann hatte sich im Zentrum einer

Karawane genommen und lag bei dem Anhalten in der Rennstraße auf dem Chauffeur mit der Aufforderung gerührt: „Geld heraus oder ich schieße!“ Der Chauffeur war geistesgegenwärtig genug, dem Räuber die Pistole hochzuschlagen, so daß dieser nicht zum Schießen kam. Als er seinen Plan scheitern sah, eilte er davon; der geistesgegenwärtige Chauffeur mit einem Krattwagen hinter ihm her. Schließlich flüchtete der Räuber in der Viktorienstraße über einen Zaun und schließlich durch den Garten eines Villengrundstücks. Die polizeilichen Nachforschungen sind bis jetzt vergeblich gewesen.

Eine blutige Ehestragödie ereignete sich Donnerstag vormittag in der Zeltower Straße 31 in Berlin. Das ungleich alte Ehepaar Sedelke — der Mann ist 60 Jahre alt, die Frau 13 Jahre jünger — war im Begriff, sich scheiden zu lassen und den Weg zum Gericht anzutreten, als der Ehemann ohne jede weitere Erklärung seiner Frau in den Hals schoß und sich dann selbst das Leben nahm. Der Zustand der Frau ist hoffnungslos.

Wegen Verleumdungen bei dem Wohnungsamt Charlottenburg ist der Stadtoberinspektor Gustav Schön vom Dienst suspendiert worden. Schön hatte einem Glas- und Spiegelexportanten aus Nürnberg unrichtigweise eine Hausnummerangabe gemacht. Die Angaben eines Wohnungsvermittlungsbüros und des Wohnungsamtes über diesen Fall wurden von dem beschuldigten Stadtoberinspektor bestritten, worauf gegen den Wohnungsvermittlungsbüro Straßverfahren wegen Verleumdung eingeleitet wurde. In der Sitzung des Schöffengerichts wurde dem der angeklagte Wohnungsvermittlungsbüro freigesprochen. Schließlich sah sich die Staatsanwaltschaft genötigt, die Verhältnisse auf dem Wohnungsamt Charlottenburg zu klären, wobei in den Akten des Wohnungsamtes falsche Angaben des Stadtoberinspektors Schön festgestellt wurden. Auf Grund dieser Feststellungen ist der Oberinspektor vom Amt suspendiert und einer seiner Ermittlungsbeamten freigesprochen worden. Außerdem wurde gegen die beschuldigten Beamten ein Verfahren wegen Meineids, Amtsverletzung und pflichtwidriger Amtshandlungen eingeleitet.

Im Prozeß Bartels wurde gegen den früheren Leiter des Berliner Fremdenamtes am Mittwoch vormittag das Urteil gefällt. Bartels wurde wegen fahrlässiger Verleumdung und fortgesetzter Unkundenföhrung zu einer Gefängnisstrafe von 1 Jahr 4 Monaten unter Anrechnung der Untersuchungshaft verurteilt. Weiter wurde ihm die Fähigkeit zur Befolgung öffentlicher Ämter auf die Dauer von 3 Jahren aberkannt. Regierungsrat Bartels, der bis zum Schluß bei seiner Behauptung bleibt, daß er sich nicht im Sinne der Anklage schuldig gemacht habe, will durch seine Verteidiger Verurteilung einlegen lassen.

Blutige Zusammenstöße kamen bei einer Sachverständigen in Dresden in der Theaterstraße vor. In dem Augenblick, in dem der Gefährliche an das Prallpaar eine Ansprache richtete, gerieten die Hochzeitstische in Streit, der in eine regelrechte Mauererei ausartete. Es entstand ein riesiger Tumult, so daß der Gerichtsausschuss war, seine Amtshandlung abzubrechen und die Gendarmen herbeizuholen. Bevor diese eintraf, war einer der Hochzeitstische bereits tot und mehrere schwer verwundet.

Eine Nachtwandlerin ist bei einem nächtlichen Spaziergang auf dem Dach eines Hauses in Eppingen bei Wehrheim abgestürzt. In dem Augenblick, als die Wirtin Tochter des Bahnbeamten Parich von ihrem Bruder angerufen wurde, stürzte sie vom Dach herunter auf die Straße, wo sie mit schweren Verletzungen liegenblieb.

Wegen eines Kreuzworträtsels hat sich der Kolner Julius Anial in einem Kaffeehaus auf der Ringstraße in Zuhilfenahme eines Briefes. Man fand bei ihm einen Brief, dem ein Kreuzworträtsel beigelegt war. In diesem Briefe teilte er mit, daß

das Motto der Tat die vergeblich versuchte Lösung des beigelegten Kreuzworträtsels sei.

Der ungeheure Breslauer Stadtdirektor Mayer, dem vor einiger Zeit Unterstellungen von fast einem halben Million Mark nachgewiesen worden waren, wurde am Donnerstag in der zweiten Instanz zu der verhängten Strafe von 6 Jahren Zuchthaus verurteilt.

In Moskau wird zum ersten Mal seit vielen Jahren in dieser Woche in dem nationalen Palast ein früherer Industriemagnat wieder ein großer Basketball stattfinden. Die Genehmigung des Palastes durch die Regierung wird als Beweis für die Wiedereröffnung des modernen Lebens im heutigen Russland angesehen.

Im Frankfurter China-Institut, das in dem ehemaligen Turm und Paradiesen Palast untergebracht ist, brach am Mittwochmorgen um 4 Uhr Feuer aus, das gegen 7 Uhr von der Feuerwehr eingedämmt und auf den Dachstuhl beschränkt wurde. Der Schaden wird auf 80.000 M. geschätzt.

Ein Fabribrand entbrach am Mittwochmorgen 25 Uhr im Obergebäude eines Hauses der Kreuzauer Straße in Berlin. Die im vierten Stock gelegenen Räume einer Bureau- und Schreibarchitektur sind mit einem dem umfangreichen Lager vollständig ausgebrannt. Mit Hilfe einer riesigen Leiter, die man durch den Foyer hob, artikulierten die Feuerwehrleute zunächst die Fenster, um den Flammen Zutritt zu verschaffen. Schließlich schickte eine gemaltige Stichtonne empor und füllte den ganzen Dachstuhl in Flammen. Nur mit Mühe und unter Anwendung von Kanonapparat konnten die Feuerwehrleute in das völlig verfallene Treppenhaus vordringen. Unter größten Schwierigkeiten gab dann die Feuerwehr von den Dächern der Seitenflügel aus mit acht Schläuchen Wasser. Das Feuer hatte aber an den höchsten Stellen der Dächer der Firma derartig reiche Befahrung gefunden, daß es erst am Vormittag gelang, den Brand einzudämmen. Bei den Löscharbeiten brach ein Feuerwehrmann infolge Rauchvergiftung zusammen und mußte ins Krankenhaus gebracht werden.

Nach jahrelangen Kämpfen ist es der rumänischen Polizei endlich gelungen, den berühmtesten Räuberhauptmann Tomescu, den „König der Wälder und der Berge“, wie er im ganzen Lande heißt, endlich ans Licht zu machen. Tomescu soll nicht weniger als 187 Gendarmen ermordet haben; dieses Schuldregister bermag einen Begriff von dem beispiellosen Schreckenregiment zu geben, das der Bandit auszuüben vermocht hat. Als Sohn eines Bauern geboren, besuchte Tomescu zunächst die Pädagogische und trat dann in die Armee ein, von wo er drei Jahre desertierte, da er sich schwerer Verbrechen gegen die Disziplin schuldig gemacht hatte. Um verhängnisvolle Folgen abzuwenden, schloß er sich einer Räuberbande an, die in den gefährlichen Banditen ihren Unterschlupf hatte und dort ihr dunkles Gewerbe ausübte. Damit hatte für Tomescu ein an Abenteuer und Gefahren reiches Leben begonnen. Er erklärte der Gendarmerei und den Steuerbeamten förmlich den Krieg; seine Bande plünderte in den vergangenen Jahren allein 160 Steuerbeamte und 40 reiche Kaufleute vollständig aus. Diese Tätigkeit verschaffte ihm bei den Bauern, die unter dem Steuerdruck schwer zu leiden hatten, eine gewisse Popularität. So mußte er sich auf dem Land viele Freunde und Anhänger zu schaffen, die ihm immer wieder, wenn die Polizei ausreifen wollte, im letzten Augenblick zur Hilfe schickten. Eines Tages, so erzählt man sich bei den Bauern, behauptete ein Steuerbeamter, von Tomescu verurteilt worden zu sein. Dem Räuberhauptmann, der sich dem Manne gegenüber einmal nicht vorwerfen hatte, kam dieses Gerücht zu Ohren, und er verfügte sich noch am gleichen Abend in die Wohnung des Verleumdeters, dem er eine gehörige Summe abnahm. Da aber noch ein Betrag an der geforderten Summe fehlte, bezweckte der Bandit seinem Opfer noch fünfzig gefasene Ringe mit der Bezeichnung und zur Strafe für seine Unverschämtheit, weitere fünfundsiebzig dazu. Jetzt ist der Räuberhauptmann von einem seiner eigenen Schwelgeren getötet worden, den das von der Regierung aufgesetzte Kopfgeld von 50.000 Lei verlor hatte.

Konsumverein Vorwärts

Manufaktur-, Konfektions- u. Schuhwaren-Geschäfte

Wir empfehlen für

Konfirmation u. Jugendweihe

Kleider	Kleiderstoffe	Wäsche	Anzüge
Nieder, schwarze Stoffe . . . 32.00—11.50	Chesiot, schwarz und farbig . . . 5.50—2.00	Hemden, mit Stickerei . . . 3.50—1.50	Konfirmanten-Anzüge . . . 52.00—16.75
Nieder, farbige Stoffe . . . 45.00—12.50	Popeline, schwarz und farbig . . . 6.50—3.50	Reinleider, mit Stickerei . . . 4.50—1.50	Schulerausgang-Anzüge . . . 36.00—22.50
ganzeleider . . . 15.00—7.50	Serge, schwarz und farbig . . . 5.50—4.00	Reinleider . . . 6.50—2.75	Sport-Anzüge, Breches . . . 56.00—32.50
Kostüme . . . 21.00—4.50	Chardone, schwarz und farbig . . . 9.50—5.25	Unterhosen . . . 3.00—1.00	Regenmäntel . . . 45.00—21.00
Kostü und Westen . . . 18.50—3.35	Hauskleiderstoffe, farbig . . . 3.25—1.25	Leinwandhemden . . . 75—20 A	Hosen und Westen . . . 22.00—4.50
Mäntel . . . 48.00—13.50	Waffelwe, farbige . . . 3.00—90 J	Oberhemden . . . 8.50—6.75	Kleidung für alle Verufe

Konfirmanden-Stiefel und Halbschuhe * Arbeitsschuhwerk * Sport-Stiefel

Kragen * Manschetten * Krawatten * Selbstbinder * Strümpfe * Socken * Hüte und Mützen

Größte Auswahl — Prima Qualitätsware — Anerkannt billige Preise

Heute beginnen unsere

VOLKSTÜMLICHEN

TAGE!

Eine Sonderveranstaltung zu volkstümlichen Preisen!

Wäsche

- Trägerhemden** für Damen, mit Stickerei, Stück 1,45
- Achschlußhemden** kräftiges Wäschetuch, Paar 1,95
- Beinkleider** für Damen, geschlossen, mit Stickerei, Paar 1,95
- Beinkleider** f. Damen, gute Wäschetuch, m. Stickerei, Paar 2,45
- Nachthemden** für Damen, m. Stickerei, St. 2,85
- Nachthemden** für Damen, m. Spitzverzierung, St. 4,95
- Prinzebrücke** Achselstück, mit breit. Stickereivolant, St. 4,45
- Prinzebrücke** mit Träger und reicher Hoblsaumverzierung, Stück 5,75

Frottierwäsche

- Frottier-Handtücher** beige, gestr. od. bunt kariert, St. 95
- Frottier-Handtücher** weiß mit farbigen Streifen, Stück 1,25
- Frottier-Handtücher** farbig od. w. b., m. Jacquard-Kante, St. 1,95
- Frottier-Handtücher** kariert oder glatt, pa. Qualität, St. 2,25
- Badetücher** glatt weiß, 100x100, Stück 2,95
- Badetücher** gewalkt mit schmalen Käntchen, 100x100, St. 3,95
- Badetücher** glatt, einfarbig oder weiß kariert, 100x150, Stück 6,95
- Badetücher** gewalkt weiß, 125x160, Stück 10,50

Schürzen

- Schulschürzen** f. Mädchen, gestreift u. bunt, L. 40-65, Stück 95
- Schulschürzen** Wiener F. für Mädchen, L. 35-60 1,45, 65-70 St. 95
- Jumperschürzen** Blaudruck, Stück 1,45
- Jumperschürzen** gestreift Water, Stück 1,75
- Jumperschürzen** gestreift Water, extra weiß, Stück 1,95
- Jumperschürzen** in Satin, geblumt, Stück 2,25
- Jumperschürzen** aus la. bestem Satin, neueste Formen, Stück 2,95
- Jumperschürzen** Water, bestem gestr., tadellose Verarbeitung, St. 2,95

Wasch-Krepp

In 10 verschiedenen neuen Farben

Meter **78**

Frotté

In vielen modernen Mustern gestreift u. kariert

Meter **95**

Dirndl-Zephir

In großem Farbsortiment

Meter **95**

Seidentrikot

ca. 100 cm breit in 18 verschiedenen Farben

Meter **1,95**

Köpersamt

Beste Qualität tiefeswarz

Meter **6,90**

Homespun

ca. 100 cm breit für Sportzwecke

Meter **2,95**

Unsere Spezial-Abteilung

Damen-Konfektion

bringt wiederum enorm billige Preise

- Konfirmanten-Mäntel** Covercoat u. Donegal, m. Biesen, Knopf u. Faltengarn, 16,50, 10,70, 875
- Konfirmanten-Mäntel** auch m. seitlicher Biesenstepperei u. Taschengarnitur, 22,50, 1650
- Tuch-Mäntel** in braun und taupe, mit Stepperei und Knopfgarnitur, 22,50, 1975
- Regen-Mäntel** sehr praktisch und kleidsam, wasserdicht, in mode u. grau, 25,00, 1975
- Tuch-Mäntel** reine Wolle, in mod. Farb., auch f. starke Damen, seitl. Gürtel, m. Fressgarn, 30,00, 2900
- Wachseidene Kleider** schöne mod. Schotten, in jugendl. flotter Ausführung, 12,50, 1100
- Tanz-Kleider** in leucht. Abendfarb., aus Helvetia, Taft u. Eolienne, in fl. Verarbeitung, 22,50, 1975, 1650
- Woll-Kleider** Popeline, Waltrips, l. neueste Farb., eleg. Glockenf., m. Goldlitzen u. Knopfgarn, 22,50, 1975, 1650
- Kostüme** z. Kondomation u. Entlassung, aus Donegal u. Gabard., in leucht. mod. Verarb., 42,00, 35,00, 2150

Kleiderstoffe

- Blusenstreifen** in großem Sortiment, Meter 1,25, 95
- Kleiderschotten** doppeltreil, viele moderne Farbstellungen, Meter 1,25, 125
- Wachseide** einfarbig, gestreift und kariert, Meter 3,75, 2,45, 1,95
- Popeline** reine Wolle, doppeltreil, in ca. 20 verschied. Farb., Mtr. 2,25, 2,45
- Rockschotten** ca. 100 cm br., in ganz mod. neuen Farbtönen, Mtr. 2,25, 2,45
- Manchester** für Anzüge und Sportbosen, Meter 2,25, 2,75
- Kostüm-Cheviot** ca. 100 cm breit, in marine und schwarz, Meter 2,75, 2,75
- Gabardine** ca. 100 cm breit, reine Wolle, Meter 4,90, 4,90
- Crépe de Chine** ca. 100 cm breit, in allen modernsten Farben, Meter 6,75, 5,90

Baumwollwaren

- Rohnessel** ca. 80 cm breit, mittelfädige Qualität, Meter 65, 45
- Hemdentuch** ca. 80 cm breit, mittelfädig, gute Qualität, Meter 65, 48
- Renforcé** ca. 80 cm breit, feinfädige Ware, Meter 85, 68
- Zephir** für Sporthemden, in verschiedenen Streifen, Meter 85, 68
- Wäschelinon** ca. 80 cm breit, gute Qualität, Meter 90, 85
- Wäschebatist** ca. 80 cm breit, für feine Wäsche, Meter 1,10, 95
- Bettzeug** kariert, ca. 130 cm br., Meter 1,05, ca. 80 cm br., Meter 95, 95
- Bettuchnessel** ca. 140 cm breit, süddeutsche Ware, Meter 1,45, 1,25
- Körper-Inlett** gestreift u. glattrot, ca. 130 cm breit, Meter 2,85, ca. 80 cm breit, Meter 1,95

1 Posten Woll-Kleider

kariert

Serie III Serie II

975 675

Serie I

375

1 Posten Cheviot-Kleider

reine Wolle

Serie III Serie II

975 690

Serie I

475

Konfirmanten-Kleider

schwerer Körper, jugendliche Gürtel, mit floter Bausil- u. Fressgarnitur

29,00 22,50

1975

Entlassungs-Kleider

Wollpopel, neueste Farben, in modern. Formen, mit Silber- u. Fressgarnitur

16,50

1275

Prinze-Unterröcke

Seidentrikot, schw. und farbig

Stück

295

Sehlüpfen

beste Kunstseide, großes Farbsortiment

Paar

195

Unsere Spezialitäten

Damenstrümpfe

mit Goldstempel

- Elhoff-Durabel** prima Mako, mit Doppelsohle und Hochferse, Paar 95
- Elhoff-Orange** Seidengriff, Doppelsohle und Hochferse, mit Naht, Paar 135
- Elhoff-Elegant** prima Seiden-ferse, Doppelsohle, Hochferse, mit Naht, Paar 150
- Elhoff-Stabil** prima Mako, besonders haltbar, Paar 185
- Elhoff-Perle** bester Seiden-ferse, Doppelsohle, Hochferse, Paar 195
- Elhoff-Violett** beste Kunstseide, klares Gewebe, m. Naht, Doppelsohle u. Hochf., Paar 195
- Elhoff-Spezial** feinstes Seidenferse, Paar 295
- Elhoff-Gold** waschbare Kunstseide, beste Qualität, Paar 295

Trikotagen

- Unterhemdchen** für Damen, weiß gewirkt, Stk. 65, 68
- Schlupfhosen** für Damen, Baumw.-Trik., v. Farb., P. 1,45, 1,25, 95
- Hemdosen** für Damen, weiß gewirkt, Windelbosenform, Paar 175
- Unterhosen** für Herren, makolarzig, Paar 195
- Unterhosen** für Herren, echt amerikanische Pflanzenfaser, Paar 265
- Herren-Hemden** Doppelbrust, makolarzig, Stk. 2,95, 265
- Normalhemden** für Herren, Doppelbrust, wollgemischt, Stück 265
- Einsatzhemden** für Herren, weiß Trikot, Rippliasätre, Stk. 2,95, 275

Gardinen

- Scheibengardinen** englischer Toll, Paar 68
- Madras** imitiert, mit farbigen Streifen, ca. 85/100 cm br., Meter 78
- Gardinstoff** ca. 75/100 cm br., Meter 1,25, 95
- Gardinenmull** mit Tupfen u. Streifen, ca. 130 cm breit, Meter 1,05, 145
- Kaffeischdecken** kariert, gewebte Muster, Stück 2,85, 195
- Künstler-Garnituren** 3teilig, engl. Toll, Fenster 5,50, 3,95, 295
- Madras-Garnituren** hübsche Farb.-Muster, 3tlg., Fenster 7,90, 395
- Diwandecken** Verdure-Muster, Stück 650

L. Hoffmann Kaufhaus

Dresden-Löbtau

Kesselsdorfer Str. 20

G. Kayser, Meißnermeister
Cottbus, Kesselsdorfer
Straße 9
erzucht in bester Qualität
aus feinsten u. würdigen
Borstentier 1. u. 2. Ordnung
Bismarck, Weidenholz
und Buchenholz, beste
Aufkantung u. Feinbearbeitung.

An unsere Mitglieder!

Die Einbanddecke für den 1. Jahrgang der „Bücherkreis“ Monatschrift (Heft 1-15) ist erschienen.

Der Preis beträgt 1.50 M.

Wir bitten um baldgefl. Bestellung.

„Der Bücherkreis“

Zahlstelle:
Volksbuchhandlung
und ihre Filialen.

1 Posten Fahrrad
gebraucht, f. Damen u.
Herren, sehr billige
Krauss Fahrradhaus
Kesselsdorfer Straße 1 u.
Kesselsdorfer Str. 20
1021

Postkarten

in Bild, Bergschneide, K. Jährl., Pariserstr. 12

Dr. Bühlau

Beitragungen auf die Dresdner Volkszeitung, sämtliche Lieferungen, Ausnahme von Jan. 1926, Bernhard Odrich, Dresden-Bühlau, Postwälder Straße 53.

Briesnitzer

Der berühmte echte Sauerbrunnen aus den Städt. Mineralquellen zu Dresden-Briesnitz, allen anderen überlegen. Fordern Sie ihn in jedem guten Lokal, in den Sauerbrunnen der Witte, auf den Schilden der Briesnitzer, Dampfschiffahrt, etc. ist überall zu haben. (1271)

Blumen, Federn, Ranten

zum Waschenball die größte Auswahl an niedrigen Preisen hat immer beste, Schellstr. 12. (1057)

Eiswannen

fabrikat Kranz laufen Sie jederzeit im Spezialgeschäft

Edward Geiger
Am See, 10. Bergstr.

Bauende! Schrebergärten?

Räumungs-Ausverkauf
des Holzlagers vorm Sägerwerk
Bretter, Latten, Stollen u.
ähnl. von 7-5 Uhr Kottler Str. 8, unten 18 u. 22

Küchen

Schafzimmer, Küchens., Ranzschische, Stühle, Schränke, einzelne Möbel
Sofas, Chaiselongue 1944
Reisetaschen mit Auflegegarnitur
Silber, entl. Teilsilber

Bruno Rößler
Schäferstr. 35, 1. u. 2. Etz.
Wäber wie zu
vert. (1021)

Rappe

von prominente
Stie

C. G.

Frauenb.
Zochalbanh

entree u.
Lorente
Lorente
Lorente
Lorente
Lorente
Lorente
Lorente
Lorente

Der Staatsbedarf des Reichs

Von Paul Herz
(In einem Teil der Ausgabe wiederholt.)

Wegen die deutsche Republik und das demokratische Regierungssystem wird seit Jahren der Vorwurf erhoben, sie arbeite weniger als das alte Kaiserreich. Die höheren Steuerklassen seien in der Einteilung der Höhe einer aufgeblassenen Verwaltung und der Verschwendungssucht neuer Machthaber. Der Reichsfinanzminister Dr. Heinhold hat in seiner Etatsrede am 10. Februar diese Anschuldigung sachgemäß widerlegt. Er hat gleichzeitig eine dem Bedauern würdige, aber nicht unüberwindliche Aufgabe gestellt. Die Reichsfinanzverwaltung hat in der Zwischenzeit die Haushaltsaufstellung für 1926 und für 1927 fertiggestellt. Diese Haushaltsaufstellungen liegen jetzt vor. Sie sind die interessantesten Arbeiten, die über dieses Problem veröffentlicht wurden und wird das Verdienst in Anspruch zu nehmen, einer jenen Höhe das Ende bereitet zu haben.

Diese Höhe konnte ich überhaupt nur so lange erhalten, weil der Etat des Reichs außerordentlich unübersichtlich ist und zahlreiche Posten enthält, die sowohl auf der Einnahmenseite als auch auf der Ausgabenseite erscheinen. Auch sind in ihm die Posten enthalten, die als Nebenleistungen an die Länder und an die Gemeinden gehen. Vor allem aber ist ein Vergleich zwischen 1913 und 1926 wegen der Veränderung der Haushaltsstruktur des Reichs und der großen Verschiebungen in seinen Aufgaben und Ausgaben sehr schwierig. Die Denkschrift hat diese Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen. Sie enthält einen „bereinigten Rechenapparat“ bei dem alle Posten, die nicht dem Reich, sondern Dritten zur Last fallen, ausgeschlossen und die Posten von allen Nebenleistungen, durchlaufenden Posten und staatlichen Doppelposten bereinigt sind. Diese bereinigten Bruttowerte ergeben für 1913: 3905, für 1926: 4942 Millionen Mark. Die Ausgaben des Jahres 1926 sind also um 1337 Millionen Mark höher veranschlagt als die Ausgaben des Rechnungsjahres 1913.

Nach deutscher wird das Bild bei der Errechnung des eigentlichen Staatsbedarfs als des Betrags, den das Reich für seine Zwecke benötigt. Für diesen Zweck sind die bei den Betriebsverwaltungen erwirtschafteten Bruttowerte von den gesamten Ausgaben abgezogen worden. Die Betriebsverwaltungen kommen für die Errechnung des Staatsbedarfs nur insoweit in Frage, als sie Überschüsse abwerfen oder Zuschüsse aus Mitteln der allgemeinen Reichsverwaltung erfordern. Danach beträgt der eigentliche Staatsbedarf im Jahre 1913: 2672 Millionen Mark, im Jahre 1926: 4442 Millionen Mark. Gegenüber 1913 ist somit im Etatsjahr 1926 eine Steigerung von 2270 Millionen Mark oder 84,9 Prozent zu verzeichnen.

Dieser Gesamtbedarf ist in erster Linie die Folge von unmittelbaren Ausgaben infolge des Krieges und der Besetzung. Sie erfordern einen Aufwand von 2422 Millionen Mark oder 40 Prozent aller Ausgaben des Reichs. In diesen Ausgaben gehören erstens an Militärversorgungsbüroausgaben 1491,19 Millionen (50,2 Prozent), zweitens sonstige unmittelbare Ausgaben infolge des Krieges 18,8 Millionen (0,4 Prozent), drittens unmittelbare Ausgaben infolge der Besetzung 182,8 Millionen Mark (6,3 Prozent), viertens innere Kriegskosten 263,8 Millionen Mark (5,3 Prozent) und fünftens zur Erfüllung des Berliner Vorkriegsvertrags 600,3 Millionen Mark (12,1 Prozent). Erst nach Abzug dieser unmittelbaren durch den Krieg erfolgten Belastungen ist die Verwaltungsausgaben des Reichs für beide Jahre überhaupt miteinander vergleichbar. Dieser Vergleich ergibt eine Zunahme für das Jahr 1913 von 2592 Millionen Mark und für 1926 von 2519 Millionen Mark. Die Verwaltungsausgaben des Reichs (ohne die Ausgaben, die als Kriegskosten anzusehen sind) sind also 1926 um 83 Millionen Mark geringer als 1913.

Innerhalb dieses Ausgabenbedarfs oder haben große Verschiebungen gegenüber der Vorkriegszeit stattgefunden. Die Kosten für Meer und Marine sind 1926 um 120 Millionen niedriger als 1913. Dieser Rückgang ist hauptsächlich auf die Reduzierung der Ausgaben für die Marine zurückzuführen. Die Ausgaben für die Marine sind 1926 um 120 Millionen niedriger als 1913. Dieser Rückgang ist hauptsächlich auf die Reduzierung der Ausgaben für die Marine zurückzuführen. Die Ausgaben für die Marine sind 1926 um 120 Millionen niedriger als 1913. Dieser Rückgang ist hauptsächlich auf die Reduzierung der Ausgaben für die Marine zurückzuführen.

Angesichts dieser Zahlen, die mit großer Sorgfalt und Objektivität erachtet worden sind, ist der Vorwurf der verschwendischen Wirtschaft der Republik haltlos. Gewiß erfordert die Notlage der Wirtschaft und des Volkes trotz aller weitergehende Ersparnisse. Sie zu erzielen hat die Sozialdemokratie stets als ihre Aufgabe betrachtet. Aber das darf nicht geschehen durch die Abbildung sozialer Ausgaben, sondern durch die gründliche Reform der gesamten öffentlichen Verwaltung, die nur im Einheitsstaat möglich ist.

Sport · Spiel · Körperpflege

Arbeitersportfreunde!

Gesucht alle am 7. März, nachm. 4 Uhr, das große Fußballstadtspiel: Dresden—Chemnitz auf dem Sportplatz an der Heptestr. Dr.-Striefen.

Turnspiele

Raffball. Serienspiele am 7. März, 3 Uhr: Reuben 1—Rosenfeld 1 (Neustadt); 9 Uhr: Köpchenbroda 1 gegen Radebeul 1 (Pieschen); 9 Uhr: Striefen 2—Pieschen 3 (Dresden 85); 10 Uhr: Striefen 1 Jgd.—Plauen 1 Jgd. (Cotta); 9 Uhr: DSB 1 Jgd.—Pieschen 2 Jgd. (Striefen); 9 Uhr, in Weizdorf: Hermsdorf 1 gegen Reid 1 (Dietendorf).

Frühjahrsrunde, Sportlerinnen. 10 Uhr: Friedrichshof 1—Radtz 1 (Pieschen) (DSB); 10 Uhr: Neustadt 1 gegen DSB 1, Dresden 85 (Radtz).

Handballturnspiele. 3 Uhr: Großhörn 1 gegen Gohsütz 1, Altstadt (Radeberg); 10 Uhr: Radeberg 1 Jgd. gegen Kamens 1 Jgd. (Großhörn); 10 Uhr: Hohenstein 1—Altstadt 1, Radeberg (Gohsütz). Neuaufgesetztes Spiel am 21. März: 3 Uhr: Gohsütz 1—Radeberg 1, Hohenstein (Hohenstein).

Börsenspiele in Raffball. 2 Uhr: Pieschen 1 gegen Radebeul 1; 3 Uhr: Gohmannsdorf 1—Janderode 1; 10 Uhr: Gohsütz 1—Deuben 1; 10 Uhr: Gittersee 1—Plauen 1; 3 Uhr: DSB 1—Rosenfeld 1; 3 Uhr: Köpchenbroda 1—Niederhäslich 1; 2 Uhr: Ottendorf 1—Tharandt 1; 2 Uhr: Niederhäslich 1—Gardorf 1; 2 Uhr: Ottendorf 2—Tharandt 2; 4 Uhr: Radebeul 2—Deuben 2; 8 1/2 Uhr: Neustadt 2—Kloßhölz 1; 2 Uhr: Weizsig 2—Döhlen 2; 10 Uhr: Neustadt 3—Plauen 3.—Jugend. 9 Uhr: Pieschen 1 gegen Deuben 1; 1 Uhr: Radebeul 1—Großenhain 1; 9 1/2 Uhr: Gittersee 1—Neustadt 1; 10 Uhr: Cotta 1—Döhlen 1; 1 Uhr: Weizsig 1—Tharandt 1; 10 Uhr: Friedrichshof 1—Plauen 1; 10 Uhr: Kleinmannsdorf 1—Gittersee 2; 9 Uhr: Neustadt 2 gegen Radebeul 2; 10 1/2 Uhr: Niederhäslich 2—Niederpeterwitz 2.—Sportlerinnen. 2 Uhr: Radebeul 1—Friedrichshof 1; 2 Uhr: Pieschen 2. Alte Mannschaften. 11 1/2 Uhr: Niederhäslich 1—Niederpeterwitz 1.—Schüler. 10 Uhr: Friedrichshof 1—Radebeul 1; 7 Uhr: DSB 1—Gittersee 1; 4 Uhr: Striefen 1 und 2—Dresden 1886 1 und 2; 9 1/2 Uhr: Niederhäslich 1 gegen Niederpeterwitz 1.

Sonntag, 7. März, zwei Auswahlspiele. 3 Uhr, in Radebeul: Radebeul 1—Radebeul 2. 3 Uhr, in Pieschen: A-Mannschaft—B-Mannschaft. (Nicht wieder mit roter Linie schreiben. D. Red.)

Fußballsport

Sonntag den 7. März, 3 1/2 Uhr, DSB-Stadion: Städtelplatz Dresden—Chemnitz. Auf dem Alaunplatz, 10 1/2 Uhr: Sturm—Cotta; 10 1/2 Uhr: Neustadt—Pieschen. In Gittersee, 10 Uhr: DSB 15—Hohenstein. In Deuben, 10 1/2 Uhr: Deuben gegen Pieschen.

Sonabend den 6. März, in Radebeul, 4 Uhr: Sportfreunde 09—Radebeul. Drei Auswahlspele um die 2. Klasse. In Janderode, 11 Uhr: Burgwitz 1—Dietz 1. In Köpchenbroda, 10 Uhr: Köpchenbroda 1—Schwepnitz 1. In Radebeul, 11 Uhr: 1886 1—Romei 1, Radebeul.

Auf dem Alaunplatz, 9 Uhr: Neustadt 2—Sturm 2. In Gohsütz, 10 Uhr: Gohsütz 1—Großenhain 1. In Streichen, 10 1/2 Uhr: Dresden-Süd 1—Birkigt 1. In Striefen, 10 1/2 Uhr: Striefen 1—Radebeul 1. In Kleinmannsdorf, 2 Uhr: Kleinmannsdorf 2—Sörenwitz 3; 3 1/2 Uhr: Kleinmannsdorf 1A—Sörenwitz 2A.

Jugendmannschaften. In Striefen, 9 1/2 Uhr: Striefen 2—Pieschen 2. In Cunnersdorf, 11 Uhr: WfB 121 gegen Raditz 1. Auf dem Alaunplatz, 8 1/2 Uhr: Neustadt 3 gegen Deuben 3; 9 1/2 Uhr: Neustadt, Schüler—DSB, Schüler.

Kultur- und Sportfest Hohenstein. Bei der stattfindenden 1. Reichsgesundheitswoche sollen alle Kräfte durch aktive Beteiligung eingesetzt werden. Der Reichsarbeiterporttag soll in diesem Jahre in Form eines Strandfestes (Marziale Leuben, Hohenstein, Niederhäslich und Deuben) abgehalten werden. Die Sommerkonzerte werden von den Freizeitemern und Naturfreunden zur technischen Ausführung überlassen. Die Kopffsteuer wird für 1926 auf 6 Pf. festgelegt.

Arbeiter-Turn- und Sportbund. Des. Dresden. Spielmannszug der 1. Gruppe. Spielleiter Franz Groeling. Dresden-Gohlitz. Die Vereinspielleiter sollen ihre Adressen an den Obmann, E. Wolf, Dresden, Schätzerstraße 34, Stk. 1.

senden. — Vorkunnerschaft Pieschen. 8. März, Vorkunnerschaft, anlässlich Sitzung bei Richter (Volksfest betr.). — Freier Turn- und Sportverein. Dresden-N. Abteilung Plauen. 6. März, Lichtbildvortrag über die Sächsischen Schweiz und Grenzgebiete. 7 Uhr, Turnhalle. Jugendliche anderer Abteilungen willkommen. — 6. Gruppe. 7. März, Vorkunnerschaft. Sächsischer Sportler müssen vertreten sein. (Schulturnhalle Großhörn, 9 Uhr.)

Ein neuer Verein. Bestern fand eine öffentliche Versammlung im Gasthof in Döhlen statt, die sich mit der Gründung eines Turn- und Sportvereins befasste. Herr Dr. Grube, Freital, sprach über die Bedeutung der Leibesübungen. Seine Ausführungen wurden beifällig aufgenommen. Nachdem der Bürgermeister die Möglichkeit eines Turnhallenbaues und die Schaffung eines Sportplatzes in Aussicht gestellt, wurden Meldungen entgegengenommen. Es meldeten sich rund 100 Personen. Reaktionslose Bestern von Döhlen, die von dem Plan der Errichtung einer Turnhalle gehört, haben von Geldverschwendung gesprochen. Diese Bestern, das wurde mit Recht betont, läßen lieber Stahlhelmschlagen herumlaufen als Turner und Sportler und würden lieber das Geld an die ausgereiften Kaiser und Könige verschwendung als für wahre Kulturaufgaben verwenden. Die Versammelten versprachen, für den neuen Verein die lebhafteste Propaganda zu entfalten.

Arbeiter-Athleten. Samstag im Ringen. 7. März, 2 Uhr, veranstaltet die Athletik-Vereinigung zu Radeberg im Deutschen Haus, Radeberg, einen Großkampf im Ringen. Folgende Kämpfe finden statt: 1. Kammer, 94 Pfd.—Witz, 100 Pfd. (beide WfB.). 2. Förster, 126 Pfd.—Krause, 122 Pfd. (WfB.). 3. Herrmann, 135 Pfd.—Krone, 140 Pfd. (beide WfB.). 4. Kießmann, 122 Pfd. (WfB.).—Kunze, 122 Pfd. (Großhörn). 5. Hölzig, 126 Pfd. (WfB.).—Kunze, 122 Pfd. (Großhörn). 6. Gutschmidt, 112 Pfd. (WfB.).—Köhler, 126 Pfd. (Weizsig). 7. Schneider, 122 Pfd. (WfB.).—Dille, 130 Pfd. (Kamenz). 8. Kutz, 140 Pfd. (WfB.).—Winter, 148 Pfd. (Weizsig). 9. Tiede, 142 Pfd. (WfB.).—Pietich, 140 Pfd. (Sandow, Dresden). 10. Kraft, 138 Pfd. (WfB.). gegen Hefke, 150 Pfd. (Großhörn). 11. Dreßler, 166 Pfd. (WfB.).—Köhler, 166 Pfd. (WfB.). Diese Kämpfe stellen an die Ringer große Anforderungen, da jeder Kampf bis zur Entscheidung durchgeführt wird.

Wasserportler. Gruppe West. Jugendabteilung. 11. März, 7 1/2 Uhr, Luftbad, Versammlung mit Vortrag. (Genosse Lehmann über: Beruf und Sport.)

Arbeiter-Samariter. Dresden (2. Bezirk). 8. März, 7 1/2 Uhr, Vortrag.

Arbeiter-Mandolinisten. Dresden-Kord. 8. März, 8 Uhr, wichtige Besprechung. Instrumente sind mitzubringen.

Plauenischer Grund und Umgegend. Arbeiter-Turn- und Sportbund. Bezirk Plauenischer Grund. Spielmannszug der 2. Gruppe. 7. Februar, 8 1/2 Uhr, Übungsstunde im Richters Gasthof, Burgwitz. — Turnverein Niederpeterwitz. 4. März, 8 Uhr, Versammlung. Männerturnen fällt aus. — Das Raffballspiel der Freitaler Städtemannschaft—Döhlen findet bereits 9 1/2 Uhr statt.

Arbeiter-Radsportklub. Plauenischer Grund. 6. März, 8 Uhr, Versammlung, Gasthof Steiger, Pieschen.

Naturfreunde. Pl. Grund. 7. März, Amarsch 130 Uhr, Markt Pieschen, 2 Uhr, Sächsischer Wolf, Deuben. 9. März, Fragelosenabende, 730 Uhr, Schillerstraße.

Verein Volksgesundheit, Freital. Vorstandssitzung: 4. März, abends 7 1/2 Uhr, in Stadt Dresden, Postamtstraße 8.

Naturfreunde. Ostgruppe Hohenstein. 7. März, Besichtigung des Zoologischen Museums. Abfahrt 10 Uhr, Markt, Deuben. 10. März, Versammlung (mit Fragelosenabende).

Freie Turner, Hohenstein. Fußballabteilung. 7. März, im Sportheim Versammlung. Wanderabteilung. 7. März, Nachmittagsstunde, Amarsch 1 1/2 Uhr, Fähr. Fußball. Hohenstein 2 gegen Birna 2, 8 1/2 Uhr. Handball. Hohenstein 1—Altstadt 1, 10 Uhr. Zum Bezirksspiel in Heidenau. Raffball: 3 Uhr: Hohenstein 1—Heidenau 2; 10 Uhr: Hohenstein 1 Jgd.—Heidenau 1 Jgd.; 10.50 Uhr: Hohenstein 2 Jgd.—Heidenau 2 Jgd.; 12.30 Uhr: Hohenstein (Turnerinnen)—Heidenau (Turnerinnen).—Freizeitball. 10 Uhr: Hohenstein 1—Birna 1; 10 Uhr: Hohenstein 1 (Turnerinnen) gegen Rabenau 1 Jgd. 6.1.

Arbeiter-Regler-Bund. Die Jugendabteilung tritt erstmalig 7. März, 2 Uhr, im Gesellschaftshaus, Dresden-Röbitz, Crippplatz, zusammen. Jugendliche, die Interesse haben, sind willkommen.

Sportler! Erfüllt eure Pflicht im Kampfe gegen die Fürstenabfindungen!

Bergessen Sie nicht Ihre Frühjahrs-Blutreinigungstee mit Klepperbeins Wacholderlakt!



Wacholderlakt ist seit alters her eine Spezialität der Birma und ist zu haben in Packungen zu 1.50, 2.50, 4.00 für Ausverkauf besondere Qualität.

Klepperbeins Cassia-Blutreinigungstee von renommierter und angesehener Wirkung. Paket 0.75, 2.00 Mark.

Klepperbeins Wacholder-Bonbons Karton 0.75 Mark.

Klepperbeins Spulwurmtee für Kinder besonders legt im Frühjahr gezeichnet. Paket 0.75.

C. G. Klepperbein, Dresden-N.
Frauenstraße 9. Gegründet 1707.
Gesamthandlung medizinalischer Präparate. — Vorwiegend Versand nach Auswärts.

Vertrieb zu haben:
 Apotheke Bucherbräuerie Nordstraße 18
 Apotheke G. Hartmann Radtka, Neustadt, Straße 3
 Apotheke Paul Adamson Radtka, Neustadt, Straße 33
 Apotheke Max Schmidt, Dresden, Straße 17
 Apotheke Hoyer, Dresden, Amalienstraße 4
 Apotheke Franz König, Dresden, Straße 1
 Apotheke Reinhold Sonntag, Hohenstein, Straße 1
 Apotheke H. Schöner, Hohenstein, Straße 37
 Apotheke Paul Strebel, Hohenstein, Straße 41

Kinderzeitung „Der kleine Coco“ oder Sachzeitung „Fips“ gratis! 1/2 No 50-3



MARGARINE

Rahma

buttergleich

Was zu Espacung und Genuss heut' jede Hausfrau haben muss:
Rahma-buttergleich

